



**Niederschrift über die Sitzung des
Kreistags am 19. November 2018**

in der Prinz-Eugen-Halle in Weinstadt-Großheppach, Zügerbergstraße 36 in 71384 Weinstadt

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

81 Kreisrätinnen und Kreisräte: Reingruber (ab 14:36 Uhr), Goll (ab 14:40 Uhr),
Dr. von Pollern (ab 14:45 Uhr), Sturm (ab 15:00
Uhr)

Entschuldigt: Schöllkopf (CDU)
Bauer (SPD)
Segan (Freie Wähler)
Fazio (B90/Grüne)
Häffner (B90/Grüne)
Medeck (AfD/Unabhängige)

Ferner: Erster Landesbeamter Kretzschmar
Dezernent und Kreiskämmerer Geißler
Verkehrsdezernent Dr. Zaar
Sozialdezernentin Böhm

Leitende Beamte und Angestellte des Land-

Gäste

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:07 Uhr

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

§ 1

§ 1

Haushaltsreden und Haushaltsanträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2019

Kreisrat Riedel führt für die **SPD-Fraktion** aus:

„Meine Damen und Herren, liebe Gäste, liebe Vertreter- und Vertreterinnen der Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte heute mit dem Thema beginnen, das uns seit nunmehr drei Jahren in hohem Maß beschäftigt. Artikel 1 GG lautet: ‘Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.’ Dies gilt für alle Menschen, gleich welcher Hautfarbe, gleich welcher Herkunft, gleich welchen Glaubens und Religion. Als die Bundeskanzlerin sich am Abend des 4. September 2015 zusammen mit dem damaligen österreichischen Bundeskanzler Feymann entschloss, die Flüchtlinge aus Budapest auf friedlichem Weg kommen zu lassen, hat sie eine humanitäre Entscheidung getroffen, die Respekt verdient, aber nicht ohne Risiken war. Wer noch immer glaubt, dass wir von dieser Fluchtbewegung überrascht wurden, hat sich entweder vorher nicht mit den längst anhaltenden globalen Fluchtbewegungen auseinandergesetzt oder einfach alles verdrängt. Nur Ignoranten konnten glauben, dass geschlossene Grenzen globale Wanderungen verhindern können. Alles wurde verdrängt und ignoriert. Erst als die Menschen vor unserer eigenen Türe standen, wurde uns das Problem auch hier im Landkreis deutlich bewusst. Wir sind auch in unserem Landkreis noch lange nicht am Ende der Aufgabenbewältigung. Der ‘doppelte Spurwechsel’, der jetzt diskutiert wird, könnte ein Weg sein, um mehr Ordnung und Klarheit zu schaffen. Wer bereit zur Integration ist, wer Ausbildung und Arbeit annimmt, der soll für eine gewisse Zeit die Chance zur vollständigen Integration in unsere Werte- und Rechtsgemeinschaft bekommen. Wer dazu nicht allerdings bereit ist und sich nicht an Recht und Gesetz hält, hat diese Chance verwirkt. Dies sollte unabhängig vom derzeitigen rechtlichen Status für alle Flüchtlinge gelten. Las-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

sen Sie uns gemeinsam darüber in Ruhe reden und menschenwürdige und solidarische Lösungen finden.

Die SPD-Fraktion sagt allen Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis Dank für die großartige und selbstlose Unterstützung und die Hilfsbereitschaft seit nunmehr über drei Jahre. Ohne sie hätten wir es nicht geschafft. Lassen sich mich nun zu einzelnen Anträgen meiner Fraktion zum Haushalt 2019 kommen.

Bei fast allen Politikfeldern, zu denen wir Anträge stellen, hat uns das Leitmotiv der Nachhaltigkeit und der Handlungsperspektive für die Zukunft geleitet.

1.Global denken und lokal Handeln

Als die SPD-Fraktion in diesem Jahr die Verwendung von Glyphosat und die Ausdehnung der Blühwiesen im Kreis mit anderen zusammen zum Thema machte, wurde uns entgegengehalten, dies habe eigentlich mit dem Kreistag nichts zu tun. Weit gefehlt. Die weiteren Diskussionen zeigten rasch, dass wir mittendrin in den aktuellen Themen sind. Es gilt das häufig verwendete Wort: 'Global denken, lokal handeln'. Denken allein reicht jedoch nicht aus, wir müssen auch lokal handeln. Deshalb sind wir dankbar, dass die Verwaltung umgehend ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht hat. Im September 2015, um ein anderes Thema anzusprechen, haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 verabschiedet. Ein Programm mit 17 Punkten, das die Welt fairer und gerechter machen wird. Der Rems-Murr-Kreis kann hier ein deutliches Zeichen für mehr Menschlichkeit, für mehr Verantwortung und für 'Eine Welt' setzen. Also fordern wir den Beitritt zur Agenda 2030 und die Bereitstellung von jährlich 50.000 Euro für entwicklungspolitische Aktivitäten.

2. Verkehrs- und Energiewende

Beide Themen gehören zusammen und können so Antworten auf den Klimawandel sein. Bei der Diskussion, wie viel Parkraum beim Landratsamt zukünftig notwendig ist, zeigt sich erneut, dass beim Thema Verkehr die Problemlösungen immer noch zu sehr vom Auto her gedacht werden. Das Landratsamt liegt in Waiblingen am zweitgrößten Umschlagplatz des ÖPNV. Nur der Bahnhof mit seinen zwei S-Bahn-Linien hat mehr Kapazität. Diese Chance gilt es bei weiteren Planungen zu nutzen. Ja, wir brauchen dringend ein ganzheitliches Mobilitätskonzept und ein generelles Umden-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

ken. Es ist eben keine nachhaltige Verkehrspolitik, wenn noch immer viele ihr Auto 7-8 Stunden am Tag an ihrem Arbeitsplatz abstellen. Verkehrswende geht anders. Deshalb beantragen wir, den Zuschuss für das Jobticket für die Beschäftigten beim Landkreis auf monatlich 30 Euro zu erhöhen. Wer den ÖPNV auf dem Weg zur Arbeit nutzt, soll deutlich gefördert werden. Weiter fordern wir die Einführung eines SozialTickets im Rems-Murr-Kreis, gültig für den gesamten VVS-Bereich ab Mitte 2019. Was das Thema Schienenverkehr in unserem Kreis betrifft, so begrüßen wir ausdrücklich das 'Bohren dicker Bretter' der beiden MdL Jochen Haußmann (FDP) und Gernot Gruber (SPD). Der eine auf der Remsschiene, der andere auf der Murr-schiene. Große Sorgen bereitet uns allerdings der Zustand der S-Bahn-Haltepunkte im Kreis. Wir stehen vor einer Remstalgartenschau und haben noch immer heruntergekommene Bahnhalt-punkte - von Bahnhöfen kann man ja meistens nicht mehr reden - und vielerorts gibt es keine barrierefreien Zugänge zum Haltepunkt und zu den Zügen. Aufzüge und Rolltreppen stehen wochen-, ja monatelang still, siehe Waiblingen. Wahrlich kein guter Zustand. Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir einen persönlichen Exkurs, der jedoch auch die Probleme, die wir auf der Schiene aushalten müssen, verdeutlicht. Erinnern Sie sich noch an die Reden vom bestgeplanten und bestens durchfinanzierten Bahnprojekt 'Stuttgart 21'. Längst werden sie nicht mehr gehalten. Wer dort unendlich viel öffentliches Geld in ein rückwärtsgewandtes Projekt vergräbt, darf sich nicht wundern, wenn das Geld zur dringend notwendigen Modernisierung der allgemeinen Bahninfrastruktur an allen Ecken und Enden fehlt.

Zusammen mit einer Verkehrswende braucht es eine Energiewende. Wir brauchen die alternativen Energien dringender denn je. Ausdrücklich bedauern wir, dass es in unserem Landkreis nicht gelin-gen soll, mehr Windkraftanlagen zu bauen. Natürlich gehört dazu auch eine Portion Mut und die Bereitschaft, eine nachhaltige dezentrale Energieversorgung zu schaffen. In weniger als zehn Jah-ren wird man diese Entwicklung bedauern und als Rückschritt bezeichnen.

Der Sanierungsstau an den kreiseigenen Liegenschaften ist aus unserer Sicht noch immer zu hoch. Es braucht mehr Tempo, also mehr Investitionen in den kommenden Jahren. Zu einer Verkehrs- und Energiewende gehören aus unserer Sicht auch Tempolimits auf unseren Bundesstraßen. Wir wollen die Anliegerkommunen in ihrem Wunsch nach mehr Verkehrssicherheit, nach weniger Lärm und besserer Luft unterstützen und fordern die Landkreisverwaltung dazu auf, sich entlang der B14 und B29 für Tempo 100 einzusetzen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

3. Bezahlbarer Wohnraum im Rems-Murr-Kreis

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine öffentliche Daseinsaufgabe und kann nur in öffentlicher Hand oder zusammen mit gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften gelingen. Die Kreisbaugruppe macht hier einen guten Job. Doch sie kann nur bauen, wenn sie ein eigenes Grundstück besitzt oder eines erwerben kann. Deshalb wollen wir eine Bestandsaufnahme aller bebauten und unbebauten Grundstücke im Kreis, die dem Kreis oder dem Land gehören. Alle Kommunen im Landkreis sind aufgerufen, kommunale Grundstücke für den Bau bezahlbaren Wohnraums zu mobilisieren und sie nicht an private Investoren zu verkaufen. Wir fordern auch eine Initiative der Kliniken, zusammen mit der Kreisbaugruppe ein Konzept für kliniknahen Wohnraum für Pflege- und ärztliches Personal zu entwickeln. Wir hatten das in Waiblingen zum Beispiel schon einmal und das war hervorragend. Dies kann ein wesentlicher Baustein bei der Fachkräftegewinnung werden. Gleiches gilt für das bereits gekaufte Postareal in Waiblingen. Auch hier sollte rasch ein Entwicklungskonzept auf den Weg gebracht werden, das neben Dienstleistungen auch Mietwohnungen für Beschäftigte beim Landkreis möglich macht. Sie wären stadt- und arbeitsplatznah sowie hervorragend an die öffentlichen Verkehrsmittel angebunden.

4. Immobilienkonzeption

Für die SPD-Fraktion ist das Thema 'Immobilienkonzept' noch lange nicht zu Ende gedacht, geschweige denn abschließend beschlossen. Wir setzen darauf, dass Ihr Wort, Herr Landrat, gilt, dass wir gemeinsam Schritt für Schritt mit klar überprüfbareren Etappen marschieren. Es braucht vor jedem neuen Schritt der Überprüfung, was notwendig ist und was sich ggf. verändert hat. Lassen Sie mich eine Verbindung zum Sozialen Wohnungsbau herstellen. Wir glauben nicht, dass die Pagode abgerissen werden muss. Sie wird in Teilen saniert, aber nicht völlig umgebaut. Wenn dies die Meinung der Mehrheit des Kreistages ist, dann könnten wir in absehbarer Zeit von den bis jetzt dafür vorgesehenen 30 Mill. einige Mittel einsparen und vorausschauend für den Bau bezahlbarer Wohnungen einsetzen. Lassen Sie uns darüber offen miteinander reden, streiten und rasch sinnvolle Beschlüsse fassen.

5. Kreispflegeplan

Die aktuelle Situation im Bereich Pflege ist allen bekannt. Sie ist völlig unzureichend in Zahl und

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

Qualität. Aktuell setzt die Landesheimbauverordnung neue Maßstäbe. Deshalb fordern wir die Überarbeitung und Aktualisierung des Kreispflegeplans. Er wird den aktuellen Herausforderungen längst nicht mehr gerecht, geschweige denn, dass er noch im Bewusstsein der Verantwortlichen verankert wäre.

Und zum Schluss dann doch noch eine Anmerkung zur Kreisumlage:

Meine Damen und Herren, ich habe einige wenige, für alle reicht die Zeit heute nicht, jedoch wesentliche Eckpunkte der SPD-Fraktion für die diesjährige Haushaltsberatung dargestellt. Ein großer Teil davon wird richtig viel Geld kosten. Wenn wir davon allerdings überzeugt sind, diese zusätzlichen Maßnahmen und den vorgelegten Haushaltsplanentwurf der Verwaltung anzupacken und umzusetzen, dann müssen wir dieses Geld in die Hand nehmen. Der HH-Entwurf der Verwaltung lässt dies zu. Deshalb halten wir an der vorgeschlagenen Kreisumlage fest. Lassen Sie uns über die Projekte und die Maßnahmen diskutieren, die das Leben der Menschen in unserem reichen und reichhaltigen Landkreis verbessern, die ihn noch lebenswerter machen. Nur so schaffen wir die ökonomische Grundlage für einen nachhaltigen Landkreis mit einer intakten Umwelt. Wer in den Streit über Prozentpunkte, manchmal im 10tel-Bereich bei der Kreisumlage verharrt, muss den Menschen draußen sagen, was er nicht umsetzen, nicht verändern und damit nicht nachhaltig verbessern möchte. Ich versuchte für die SPD-Fraktion deutlich zu machen, welche Projekte für uns besonders wichtig sind.

Die SPD-Fraktion dankt allen Bürgerinnen und Bürgern, allen Vereinen und Organisationen, die jeden Tag aufs Neue dazu beitragen, dass das gesellschaftliche Leben und Miteinander hier in unserem Landkreis funktioniert. Sie sind der 'soziale Kitt' und tragen so zum sozialen Frieden bei uns bei. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landkreisverwaltung, die mit ihrer Arbeit Tag für Tag dafür die Rahmenbedingungen schaffen, danken wir. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Kreisrat Ulrich legt für die **Fraktion der Freien Wähler** dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

Hohe Steuerkraft

Der Haushaltsentwurf des Landkreises ist geprägt von einer sehr guten, von der Binnenkonjunktur und der Exportwirtschaft getragenen wirtschaftlichen Lage. Wir freuen uns über eine überdurchschnittlich hohe Steuerkraft der Städte und Gemeinden sowie über Unterstützung von Bund und Land für die Bereiche Schulen, Kinderbetreuung, Flüchtlinge, Radwege und Brücken. Die Einnahmeseite des Kreises kann derzeit schon als historisch gut betrachtet werden.

Die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre haben regelmäßig zusätzliche Millionenbeträge erbracht. 2017 waren es 12 Mio. Dem Kämmerer kann man eine schlaue und vorsichtige Haushaltsplanung attestieren. Die Spielräume des Kreises sind somit höher als erwartet. Man kann aus dieser Reihe sehr guter Abschlüsse auch den Schluss ziehen, dass die Kreisumlagen in der Vergangenheit zu hoch waren. Wir Freien Wähler haben in der Vergangenheit mehrfach auf diesen Umstand hingewiesen. Das hohe Steueraufkommen und die allgemein gute wirtschaftliche Lage verleiten uns Freie Wähler nicht dazu, finanzpolitisch unvorsichtig zu werden. Diese Spielräume ermöglichen es uns nun aber, wichtige Aufgaben und Projekte anzugehen und mitzufinanzieren, die für die Menschen im Rems-Murr-Kreis wichtig sind und unserem Landkreis langfristig zu gute kommen werden.

VVS Reform/ÖPNV

Mit der zum April 2019 geltenden Tarifreform des VVS ist ein großer Schritt hin zu einem nachhaltigeren Verkehrsverhalten gemacht. Aus 52 sind 5 Zonen geworden. Der VVS wird für die Nutzer einfacher und günstiger. Er muss auch noch verlässlicher, besser werden. Zusammen mit unseren hohen Leistungen für die Busverkehre sollte die Reform wichtige Impulse zum Umsteigen auf den ÖPNV in der Region geben, zu einer besseren Luftqualität beitragen und dem Verkehrsinfarkt, dem wir manchmal sehr nahe sind, vorbeugen. Die Reform kostet unseren Landkreis jedes Jahr bis zu 5 Mio. Euro. Die Freien Wähler sind allerdings nicht sicher, ob dieser Betrag in Anbetracht des weiteren Investitionsbedarfes in der Region für neues Wagenmaterial, Verkehrsleittechnik und weitere Infrastruktur auf Dauer auskömmlich sein wird. Für die Attraktivität der Region Stuttgart und damit auch für den RMK ist das neue Tarifgefüge jedoch von großer Bedeutung und wir freuen uns darüber, dass dieser große Reformschritt gelungen ist.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

Verkehrsinfrastruktur

Neben dem ÖPNV sind Straßen für uns ein bedeutender Faktor. 6 Mio. pro Jahr in die Sanierung der Kreisstraßen zu stecken ist deshalb folgerichtig. Wir unterstützen dies, hoffen aber darauf, dass wegen der höheren Nachfrage die Preise nicht durch die Decke gehen. Die Straßenbauverwaltung hat beim Handling der Ausschreibungen allerdings schon mehrfach ein gutes Gespür bewiesen. Dass nun auch mehr getan wird für den Radverkehr ist uns ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Wir sollten dem Radverkehr mehr Bedeutung widmen und auch in praktische Politik umsetzen. Hier sind auch die Städte und Gemeinden aufgerufen die Infrastruktur des Radfahrens weiter zu fördern. Ich denke es würde sich für uns alle lohnen. Man schaue sich nur mal an, was der Radverkehr in Skandinavien, in den Niederlanden oder einigen fahrradfreundlichen Kommunen aus der Umgebung bewirken kann, welche Verkehre vermieden werden können.

Schnelle Datenleitungen

Der Breitbandausbau muss rasch vorgebracht werden. Die Kooperation mit der Telekom, die allerdings viele Jahre den Ausbau in der Fläche nicht vorangetrieben hat, ist zumindest interessant und soll nun in einem neuen Zweckverband vorgebracht werden. Wir brauchen jetzt flächendeckende und schnelle Datenleitungen, damit unsere Region, unser Kreis in der Standortgunst nicht zurückfällt. Andere Länder - ich glaube da liege ich nicht falsch - sind auf diesem Gebiet schon erheblich weiter. Es ist uns Freien Wählern allerdings wichtig - und wir fordern dies ein- dass bei dieser Zusammenarbeit die Stadtwerke angemessen berücksichtigt und eingebunden werden, weil diese in der Vergangenheit aktiv waren, bereits erhebliche Mittel investiert und damit einen berechtigtes Interesse an einer Kooperation und Teilhabe am Glasfaserausbau haben.

Immobilienkonzept

Das Gesamtimmobilienkonzept des Kreises für die Kreisstadt Waiblingen steht für eine zukunftsfähige öffentliche Verwaltung in der Kernstadt und im ganzen Landkreis. Es geht uns vor allem um gute Arbeitsbedingungen und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes, denn auch bei uns können bereits nicht mehr alle Stellen besetzt werden. Es geht uns um eine gute Erreichbarkeit der Verwaltung, deshalb sollte die Tiefgarage am Landratsamt dreigeschossig sein. Und nicht zuletzt geht es uns um die große städtebauliche Wirkung der Baumaßnahmen in der Kreisstadt. Wir unterstützen

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

deshalb den Planungsprozess nach Kräften und begleiten ihn zusammen mit der Stadt Waiblingen im Lenkungsausschuss. Wir drängen allerdings auf ein gutes Bau- und Kostencontrolling. So können wohl die Pagode und der Altbau nicht zeitgleich baulich in Angriff genommen werden, denn wir müssen auch an die Arbeitsabläufe in der Verwaltung denken. Das Gesamtprojekt muss auch von der Finanzierbarkeit her gesehen werden. Ein Kostenrisiko ist zwar beim Bau immer gegeben, wir wissen das ja im RMK nur zu gut. Wir können es uns allerdings nicht nochmals erlauben bei einem Großprojekt in eine Kostenfalle zu geraten.

Kliniken

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche und die medizinische Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken verläuft hoffnungsvoll. Die Medizinische Versorgung ist mit den Kliniken in Winnenden und Schorndorf sowie den Gesundheitszentren anerkannt gut und auf einem für den Landkreis sehr zufriedenstellenden Level angekommen. Das Schorndorfer Klinikum ist gesichert. Ein großes Lob wollen wir allen Beschäftigten vom Chefarzt bis zum Pfleger sagen, die sich mit Ihrer Arbeit jeden Tag für die Patientinnen und Patienten einsetzen. Gerade im pflegerischen Bereich fehlt es mitunter an Personal. Wir hoffen dass diese Mängel mit mehr Ausbildung und einer attraktiveren Bezahlung behoben werden können. Dennoch sind 22 Mill. Euro Defizit dieses und 18,3 Mio. Euro im nächsten Jahr immer noch sehr viel Geld. Alle Beteiligten vorneweg die Geschäftsführung und der AR sind aufgerufen weiter an einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit zu arbeiten. Der angestrebte Zielkorridor liegt bei deutlich unter 10 Mio. Euro Defizit ab 2024.

Flüchtlinge

Die Aufwendungen und vor allem die Ersätze für die Flüchtlingsunterbringung waren lange nicht hinreichend planbar. Das Land hat nun für klare Verhältnisse und eine praktikable und zufriedenstellende Kostenerstattung gesorgt. Dennoch bleiben 5,7 Mio. Euro zum jetzigen Zeitpunkt v.a. wegen der Fehlbelegerabgabe am Landkreis hängen. Diese Mittel sind für uns Freien Wähler zwar erheblich, allerdings ist es gut investiertes Geld. Dieser Mitteleinsatz honoriert die bewundernswerte ehrenamtliche Arbeit vieler Menschen. Wir wollen uns heute nochmals bei allen Beteiligten gerade auch bei den vielen Ehrenamtlichen herzlich bedanken. Dieses Engagement war und ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sehr wichtig, und hätte von den Behörden so nicht geleistet werden können. Gleichzeitig zeigen das große ehrenamtliche Engagement und die Arbeit der Behör-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

den, dass es den Populisten hoffentlich nicht gelingen wird, unsere Gesellschaft wegen dieses Themas zu spalten.

Kreisbau/Wohnungsbau

Einige Worte möchte ich noch zur Kreisbaugesellschaft und zum Wohnungsbau sagen. Mit Hilfe der Kreisbaugesellschaft sollen 500 Wohnungen zusätzlich gebaut werden. Hierfür ist für die nächsten Jahre 10 Mio. zusätzliches Stammkapital eingeplant. Die Kreisbaugesellschaft ermöglicht damit etliche Wohnungsbauprojekte mit den Städten und Gemeinden. Wir Freien Wähler unterstützen diese Entwicklung, denn wir sehen, dass bei der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum vieles im Argen liegt und der Wohnungsmarkt leider nicht mehr die Wohnbedürfnisse aller Menschen erfüllen kann. Es ist deshalb richtig, dass der Landkreis bzw. die Kreisbau hier Initiative ergreift. Der Kreisbaugesellschaft wünschen wir auch die notwendige Schlagkraft alle Projekte umsetzen zu können.

Wenn man – was sehr notwendig wäre - wirklich mehr bezahlbaren Wohnraum, mehr Bauland auch für das Gewerbe und die Industrie schaffen will, dann muss an noch vielen Stellschrauben gedreht werden. Die Steuergesetzgebung, die Planungs- und Genehmigungsbehörden und die Städte und Gemeinden, sind hier gemeint. Wir plädieren in diesem Zusammenhang auch dafür, manch gut gemeinte aber vllt. doch überflüssige Auflage in den Genehmigungsverfahren zu überdenken. Und wir plädieren dafür, das Bau- und Planungsrecht kritisch zu überprüfen ggfs. zu entrümpeln. Sonst bleibt der Wunsch nach günstigem Wohnraum wohl noch für längere Zeit ein frommer Wunsch.

Klimaschutz

Häufigere Wetteranomalien auch in unseren Breitengraden zeigen uns deutlich, dass das Klima sich verändert. Unsere Maßnahmen in die Gebäudesanierung, für mehr und besseren ÖPNV, weiteren Klimaschutzaktivitäten sind kleine aber dennoch wichtige Bausteine im Gesamtzusammenhang. Das gilt umso mehr, je mehr Menschen sich daran beteiligen und bereit sind, ihr Verhalten im Alltag zu überdenken und zu ändern. Der Landkreis darf auf diesem Feld jedenfalls nicht nachlassen, er sollte seine Klimaziele immer wieder überprüfen und ggfs. nachbessern, dafür stehen wir. Der Ausbau der Windenergie ist nicht so vorangekommen, wie vom Land geplant, auch im RMK wurden Standorte gestrichen. Das finden wir bedauernswert, weil die Windenergie ein erhebliches Potential für nachhaltige und saubere Energie aufweist. Gerade in unserer wirtschaftsstarken und

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

energieintensiven Region wäre es sehr zu wünschen, noch mehr sauberen Strom hier zu erzeugen. Dafür müssten manche Bedenken und Befindlichkeiten ausgeräumt werden können. Letztlich geht es auch hier um den Klimaschutz.

Fazit

Bei einer Gesamtbetrachtung fällt uns auf,

- Der Landkreis hat erheblichen Spielraum
- die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre waren immer positiv
- der Landkreis finanziert alle wichtigen Aufgaben problemlos, mit einer Nettoinvestitionsrate von 13 Mio.
- er erwirtschaftet bereits seine Abschreibungen über die Kreisumlage
- und hat dennoch seine Schulden auf ca. 50 Mio. Euro deutlich zurückfahren können
- Kostenrisiken stellen sich bei der Inklusion und beim Bundesteilhabegesetz
- Ein großes Risiko sehen wir für den Fall einer konjunkturellen Abschwächung über die in letzter Zeit vermehrt geredet wird. Auch eigene Fehler wie der Dieselgate, fehlende politische Vorgaben für die Autoindustrie, schwächen unsere Wirtschaft in einer ihrer Kernkompetenzen, im Fahrzeugbau und der gesamten Zuliefererkette. Die Autoindustrie schummelt jahrelang und der Staat schaut nur zu. Für mich sieht das nach einem selbstgemachten wirtschaftspolitischen Versagen ersten Grades aus.
- Gleichzeitig, verehrte Kolleginnen und Kollegen stehen in den Städten und Gemeinden ebenfalls hohe Investitionsnotwendigkeiten an. Bald jeder Kindergarten und jede Schule muss saniert werden. Die Betreuungsformen werden immer aufwändiger. Mit dem Breitbandausbau, den Straßen, der Integration, der Remstalgartenschau und anderen Aufgaben stehen in den Kommunen hohe Invests an. Dafür brauchen die Städte und Gemeinde die notwendigen Mittel nun mal.
- Die Festsetzung der Kreisumlage und der Haushalt sind mit die wichtigsten Zuständigkeiten des Kreistages. Wir Freien Wähler halten eine Diskussion über Aufgaben, sowie über die Verteilung der Steuerkraft für notwendig, gerade auch in guten Zeiten. In schlechten Zeiten gibt es keine Zuwächse zu verteilen. Der Landkreis holt sich dann die zur Erfüllung seiner vielen Pflichtaufgaben notwendigen Mittel über die Kreisumlage sowieso. Da helfen uns dann auch Konsolidierungsmaßnahmen nicht mehr viel.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

Wir wollen künftig über den Haushalt erst dann entscheiden nachdem uns die Verwaltung über das Jahresergebnis des laufenden Jahres informiert hat. Dann kann der Kreistag selbständig entscheiden, wofür die Überschüsse verwendet werden, in die Schuldenreduzierung oder eine Senkung der Kreisumlage. Für den Haushalt und die Bemessung der Kreisumlage sollten künftig also mehr die Ist Zahlen, weniger die Planzahlen maßgeblich sein, vor allem wenn diese Zahlen so stark voneinander abweichen. Wir wollen in dieser Frage also künftig keinen Automatismus sondern einen KT Beschluss herbeiführen. Ungeachtet dessen attestiert unsere Fraktion Ihnen sehr geehrter Herr Landrat und Ihrer Verwaltung ein erfolgreiches und gutes Jahr 2018. Eine für 2019 prognostizierte unterdurchschnittliche Personalkostensteigerung von 2,8 % ist hierbei ebenfalls ein Indiz. Zur erfolgreichen Arbeit beigetragen hat wohl auch die Reduzierung der vielen Unterausschüsse auf das notwendige Maß und damit verbunden eine Stärkung der Gremienarbeit. Wir Freien Wähler schätzen es und wir sehen sehr wohl, dass sie sehr geehrter Herr Landrat mit Ihrem Team hart dafür arbeiten, in Ihrem Haus die Kreisaufgaben transparent und effizient zu erfüllen. Ein Dankeschön von uns allen geht auch an den scheidenden Kämmerer Frank Geissler, der jahrelang sehr gute Arbeit für den RMK geleistet hat.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Landrat hat mit 34 % Kreisumlage einen Vorschlag gemacht, der dem Landkreis alle Möglichkeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben eröffnet und den Interessen der Städte und Gemeinden ebenfalls noch entspricht. Bei einer realistischen Betrachtung der tatsächlichen Zahlen könnte man zwar über eine weitere Reduzierung der Kreisumlage nachdenken. Wir halten die vorgeschlagenen 34 % Kreisumlage allerdings auch für einen tragbaren Kompromiss. Wer aber dem Landkreis mehr Geld geben will wie er zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht, der kommt in Begründungsnot, weil dies ja offensichtlich nicht zu rechtfertigen ist.

Wir stimmen dem Haushalt und einem Kreisumlage-Hebesatz von 34 % zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

Kreisrätin Brodersen nimmt die Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste.

War das noch Wetter oder ist das schon Klima? Hinter uns liegt ein heißer und enorm trockener Sommer und auch im Oktober konnten die Wetterstationen so manchen Temperaturrekord vermelden. Im Frühjahr 2017 dagegen gab es Frostschäden durch ungewöhnlich tiefe Temperaturen. Im Sommer davor verwüsteten Unwetter Teile von Deutschland. Die Liste ließe sich fortsetzen und zeigt vor allem Eines: Die Wetterextreme haben rasant zugenommen. Der Klimawandel lässt sich nicht mehr leugnen – er ist längst eingetreten. Nicht mehr irgendwo in der Welt, sondern direkt vor unserer Haustür. Auch wir sind gefordert aktiv zu werden um die Erderwärmung zu stoppen. Die Zukunft der Erde ist abhängig von unserem Handeln – nicht erst in der Zukunft sondern bereits heute, ganz egal wo wir uns befinden. Auch hier im Rems-Murr-Kreis. Sehr geehrter Herr Landrat, bei der Einbringung des Haushaltes wiesen Sie mehrfach darauf hin, dass der Rems-Murr-Kreis einzigartiges zu bieten hat. Wir stimmen Ihnen da zu. Es gelingt dem Kreis noch nicht immer, aber immer öfter einzigartig zu sein.

Klimaschutz

Wir möchten auch gerne beim Klimaschutz einzigartig sein und als Vorbild unsere Kommunen und unsere Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit motivieren. Bereits 2012 verabschiedeten wir unser erstes Klimaschutzprogramm. Damals setzten wir uns das Ziel, in diesem Bereich ‘Musterlandkreis’ zu werden. Die Zwischenbilanz 2015 war jedoch ernüchternd. Trotz unserer Bemühungen war der CO₂-Ausstoß nicht gesunken, sondern sogar gestiegen. Und zwar nicht nur aufgrund von Neuberechnungen. Unsere deutlichen Einsparungen bei den kreiseigenen Liegenschaften wurden durch Auswirkungen des Wirtschaftswachstums, über den wir uns natürlich auch gefreut haben aufgefrisst. Mit diesem Ergebnis waren wir nicht alle zufrieden. Die Entwicklung neuer Maßnahmen war für uns selbstverständlich. Wir Grüne haben die Möglichkeit, Ideen und Vorschläge für das 3. Klimaschutzhandlungsprogramm einzubringen, gerne und umfassend genutzt. Nun gibt es mit einem Volumen von 4,6 Mio. Euro für die nächsten 4 Jahre nicht nur Maßnahmen für die Liegenschaften, sondern besonders auch vielfältige Projekte zur Unterstützung unterschiedlichster Zielgruppen. Wir hoffen sehr, dass das Klimaschutzhandlungskonzept heute eine große Mehrheit findet. Im Bereich

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

Verkehr wird der CO₂-Ausstoß vor allem durch den motorisierten Individualverkehr verursacht. Deshalb möchten wir dringend Maßnahmen ergreifen, damit der Verkehr umweltfreundlicher wird. Dies kann nur durch einen attraktiven ÖPNV, umweltfreundliche Fahrzeuge und die Erweiterung des Radverkehrs gelingen. Für uns im Großraum Stuttgart ist es einzigartig, dass wir ab April nicht mehr 52 sondern nur noch 5 Tarifzonen haben. Diese große Tarifreform des VVS war nur möglich unter dem Druck der Feinstaubdebatte und drohenden Fahrverboten in Stuttgart. Land, Landkreise und die Stadt Stuttgart investieren gemeinsam jährlich ca. 42 Mio. Euro, dadurch wird der ÖPNV für die meisten Nutzerinnen und Nutzer deutlich günstiger und hoffentlich auch attraktiver. Wir hoffen dadurch auf eine deutliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Derzeit nutzen ca. 12% der Mitarbeitenden der Landkreisverwaltung das mit 25 Euro bezuschusste Firmenticket. Wir wünschen uns, dass viel mehr Mitarbeitende den umweltfreundlicheren ÖPNV nutzen. Deshalb sollten wir hier zusätzliche Anreize schaffen. Wir beantragen, dass ab 1. April 2019 (mit in Kraft treten der Tarifzonenreform) die Mitarbeitenden des Landratsamtes, unabhängig von den Zonen einen Zuschuss von 50% zum Firmenticket erhalten. Für die Auszubildenden beantragen wir die Übernahme der gesamten Kosten. In beiden Fällen wäre der Landkreis auch ein Vorbild für Kommunen und Unternehmen im Kreis. Wir denken dass das ein erheblich höherer Anreiz ist wie die bisherige Erhöhung um fünf Euro. Ein Beitrag zum Klimaschutz ist auch die Neuausrichtung unseres Fuhrparks. Die Anschaffung von 13 Elektrofahr-zeugen und einigen Pedelecs gewährleistet bei vielen erforderlichen Wegstrecken eine CO₂-freie Fahrt. Dies trifft natürlich nur zu, wenn Öko-Strom getankt wird. Wir Grüne werden auch nicht müde daran zu erinnern, dass der Radverkehr die umweltfreundlichste Alternative des Individualverkehrs ist. Voraussetzung ist ein gut ausgebautes, lückenloses Radwegenetz, ohne Schlaglöcher oder sonstige Hindernisse. Dies ist im Rems-Murr-Kreis leider noch immer nicht vorhanden. Deshalb stellen wir den Antrag, die vorhandenen Radwegelücken zu identifizieren und eine Prioritätenliste zur Beseitigung der Beeinträchtigungen zu erstellen. Nicht nur Autos sondern auch Fahrräder benötigen Parkflächen. Mitarbeitende sowie Besucher und Besucherinnen, die mit dem Fahrrad oder Pedelec zur Kreisverwaltung kommen, benötigen ausreichend Abstellplätze und auch Ladestationen. Bei der Planung neuer Verwaltungsgebäude sollten ausreichend Duschen und Umkleieräume nicht vergessen werden, damit das erfolgreiche Projekt 'bike and work' auch in der Landkreisverwaltung möglich ist.

Immobilien

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

Nach einer genauen Betrachtung der vorhandenen, im ganzen Stadtgebiet Waiblingen verstreuten Verwaltungsstandorte, hat sich der Kreistag entschieden, zeitgemäße Gebäude und Arbeitsbedingungen für die Kreisverwaltung zu planen. Die Umsetzung dieses Gesamtimmobilienkonzepts soll nach und nach (nach Kassenlage) erfolgen. Durch diese Entscheidung können kostenintensive Sanierungen der Liegenschaften vermieden und attraktive Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch bei den neuen Immobilien der Landkreisverwaltung möchten wir einzigartig sein. Wir stellen den Antrag, dass der geplante Neubau neben der Polizei im Passivhaus-Standard ausgeschrieben und umgesetzt wird. Außerdem beantragen wir, dass bei Gebäuden des Kreises und der Kreisgesellschaften, egal ob Neubau oder Bestandssanierung, zukünftig die zulässigen CO₂-Emissionen in Abhängigkeit vom Gebäudetyp 50 % unter den Werten der Referenzgebäude der Energiesparverordnung liegen.

Bezahlbarer Wohnraum

Wohnraum ist ein wichtiges Grundbedürfnis des Menschen. Inzwischen haben besonders Bürgerinnen und Bürger mit geringen Einkommen allergrößte Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum am regulären Wohnungsmarkt zu finden. Dies ist eine Folge der vollkommen verfehlten Wohnungsbaupolitik früherer Jahre. Die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum ist der Grünen Kreistagsfraktion ein Kernanliegen. Wir sind froh darüber, dass die Landespolitik mit einem Förderprogramm unterstützt und auch der Bund allmählich merkt, dass hier der Staat gefragt ist, da der private Wohnungsmarkt keinem sozialen Wohnraum schafft. Mit der Kreisbaugruppe haben wir hier eine kompetente Beteiligungsgesellschaft, die bereits früh Konzepte mit Fokus auf den sozialen Wohnungsbau erarbeitet hat und auch die Kommunen im Kreis unterstützt. An dieser Stelle vielen Dank an Herrn Braune und sein engagiertes Team. Unsere Entscheidung, durch die Kreisbaugruppe in den nächsten 10 Jahren 500 bezahlbare Wohnungen im Rem-Murr-Kreis zu schaffen ist einzigartig – aber auch konsequent.

Rems-Murr-Kliniken

Für uns einzigartig ist die Medizinkonzeption der Rems-Murr-Kliniken. Mit ihr stellen die Kliniken ihre hohe Leistungsfähigkeit transparent dar. Dieses hohe medizinische Niveau in vielen Fachbereichen ist das Ergebnis der intensiven Zusammenarbeit von Klinikleitung und Bediensteten an den beiden Klinikstandorten Winnenden und Schorndorf. Die RMK sind auf einem guten Weg der finan-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 16

Öffentlich

ziellen Konsolidierung, dazu hat auch die Zusage des Sozialministeriums für die Planbettenerweiterung ganz wesentlich beigetragen. Ohne die hohen Schulden für den Neubau wären die Belastungen für den Kreis bald überschaubar. Aber noch können wir uns nicht entspannt zurück lehnen, der Erfolg einer Klinik ist nicht nur von der Spitzenmedizin abhängig. Auch ein einfühlsamer Umgang mit den Patientinnen und Patienten und Verständnis für ihre schwierige Situation trägt zum Wohlbefinden und damit zur Genesung bei. Dafür benötigen wir sehr gut ausgebildete Pflegekräfte, die auch die Zeit haben, sich zu kümmern. Die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Personalgewinnung sind richtig, reichen aber noch nicht aus. Ein kliniknahes Wohnraumangebot für Mitarbeitende wäre für die Gewinnung von Fachkräften sicher hilfreich. Eine weitere große Herausforderung ist das Entlastungsmanagement. Wenn Patientinnen und Patienten nicht mehr krank genug für eine weitere stationäre Behandlung sind, aber noch nicht in der Lage sind sich selber zu versorgen, wissen sie oft nicht, wie sie diese Situation bewältigen sollen. Kurzzeitpflegeplätze sind kaum vorhanden und die Angehörigen sind oft mit der Pflege zu Hause überfordert. Besonders schwierig sind Entlassungen kurz vor dem Wochenende, wenn die betreuenden Hausärzte nicht wie vorgesehen einbezogen werden können. Hier sollten Strukturen entwickelt werden, die den Kranken helfen und sie nicht verunsichern oder sogar verängstigen.

Sozialhaushalt

Über 66 % der Ausgaben - das sind ca. 2/3 im aktuellen Haushalt - entfallen auf den Sozial- und Jugendbereich. Hier unterscheiden wir uns kaum von anderen Landkreisen. Wir sind zu diesen Leistungen verpflichtet und haben darauf keinerlei Einfluss. Gesetzesänderungen führen schnell zur Erhöhung der Ausgaben, so beispielsweise auch die Änderung zum Unterhaltsvorschuss im letzten Jahr. Sie bewirkt bei uns eine Verdoppelung der Fälle und einen entsprechenden Anstieg der Kosten. Die Landkreise bleiben auch nach der großen Reform der Sozialgesetzgebung zuständig für die Hilfeplanung und Gewährung von Hilfen für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Bei der Eingliederungshilfe soll künftig noch viel stärker als bisher vom individuellen Hilfebedarf der betroffenen Menschen ausgegangen werden. 'Personenzentrierte Hilfgewährung' ist hier das Stichwort. Dafür müssen entsprechende Bedarfsermittlungsinstrumente entwickelt werden. Das ist eine Mammutaufgabe für alle Beteiligten, für das Sozialamt, für die Einrichtungen und für die Betroffenen selbst. In BaWü nahezu einzigartig ist, dass der Rems-Murr-Kreis als einer der beiden Landkreise ausgewählt wurde (bundesweit sind es 31), die im Rahmen von Modellprojekten die Umsetzung des neu-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 17

Öffentlich

en Bundesteilhabegesetzes innerhalb von 4 Jahren erproben können. Die hierfür gewährte Bundesförderung von 292.000 Euro reicht allerdings bei weitem nicht für den zusätzlichen Aufwand aus. Da muss der Bund finanziell nachlegen!

Schulden

Leider ist auch der Schuldenberg des Rems-Murr-Kreises im Blick auf Baden-Württemberg einzigartig. Der Kernhaushalt ist noch im Rahmen, aber wir können nicht so tun, als gäbe es die Schulden der Rems-Murr-Kliniken nicht. Dadurch belegen wir leider Platz 1 bei der Verschuldung der Landkreise, in diesem Fall eine unrühmliche Spitzenposition. Unser Schuldenberg ist ca. dreimal so hoch wie der Landesdurchschnitt. Diese Zahlen sprechen für sich. Aus Sicht der Grünen Kreistagsfraktion können wir es uns nicht leisten, im kommenden Jahr eine Nettoneuverschuldung von mehreren Mio. Euro einzuplanen. Wir sollten uns freuen, dass wir durch die voraussichtlichen Überschüsse aus

dem Jahr 2018 zwischen 8 und 12 Mio. Euro Schulden abbauen können. Dieses Ergebnis wurde nicht durch einen aufgeblähten Haushalt sondern durch unerwartete Einnahmen erreicht. Wir sollten dies aber nicht als Aufforderung sehen, gleich eine neue Schuldenaufnahme einzuplanen. Das wäre aus der Sicht von B90/die Grünen kontraproduktiv zu einem konsequenten Schuldenabbaukonzept.

Deshalb beantragen wir 'Keine Nettoneuverschuldung im HH 2018'.

Kreisumlage

Die Steigerung der Steuerkraftsumme um 6,6% bei Gemeinden und Städten im Rems-Murr-Kreis ist für uns alle erfreulich. Nachdem im letzten Jahr die Steigerungen im Vergleich zu den anderen Landkreisen bescheiden waren, kamen die wirtschaftlichen Verbesserungen endlich auch bei uns an. Darüber können wir uns freuen. Die Landkreisverwaltung sah das als eine Möglichkeit, die rote Laterne bei der Kreisumlage endlich abzugeben und schlug die Senkung der Kreisumlage auf 34%-Punkte vor. Dies ist jedoch nur möglich, wenn wir dafür eine Nettoneuverschuldung in Kauf nehmen.

Es ist eine alte Weisheit, dass man in wirtschaftlich guten Zeiten Schulden tilgen muss, denn in

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 18

Öffentlich

schlechten Zeiten hat man dafür keinen Spielraum. Wenn wir ehrlich sind wissen wir alle, dass der Aufschwung nicht ewig andauert. Herr Landrat, Sie haben bei der Einbringung des Kreishaushaltes darauf hingewiesen und auch Sie Herr Dr. Nopper bei Ihrer Haushaltseinbringung in Backrang. Das ist also keine Schwarzmalerei von uns Grünen sondern ein nüchterner Blick auf die Realität. Der hier vorliegende Haushalt ist das Ergebnis unserer gesetzlichen Verpflichtungen und unserer Beschlüsse, die wir gemeinsam als Kreistag getroffen haben oder auch noch treffen werden. In den nächsten Wochen kommen noch weite Erhöhungen, z. B. durch die Tagespflege oder durch unsere Beschlüsse, hinzu. All diese Dinge müssen finanziert werden, ohne die Aufnahme neuer Schulden möglicherweise ergeben sich auch noch Verbesserungen. Deshalb beantragen wir eine Kreisumlage in der Höhe, die eine Nettoneuverschuldung ausschließt auch wenn sie dann etwas höher wie 34%- Punkte sein könnte.

Zum Schluss herzlich Dank an Sie Herr Landrat und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der kreiseigenen Gesellschaften für ihre gute Arbeit und für ihr Engagement für den Landkreis. Vielen Dank.“

Kreisrat Lenk führt für die **FDP-FW-Fraktion** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer,

obwohl erst drei Jahre im Amt, haben Sie, sehr geehrter Herr Landrat Ihre Haushaltsrede zum Anlass genommen, ein ‘Zwischenfazit’ zu ziehen. Dies empfiehlt sich erst recht für uns, ist dies doch der letzte Haushaltsplan, über den wir als jetziger Kreistag zu befinden haben.

In meiner Rede möchte ich deshalb 3 Fragen nachgehen:

- Wo stehen wir als Rems-Murr-Kreis bzw. was haben wir erreicht?
- Wo haben wir noch Baustellen, die es anzugehen oder abzuschließen gilt?
Und schließlich
- Welche Themen sind es für unsere FDP / FW – Fraktion darüber hinaus wichtig?

Im Grundsatz teilen wir die Einschätzung unseres Landrats, dass wir in den letzten 3 Jahren gemeinsam viel erreicht haben. Besonders freut uns, dass das Arbeitsklima im Landratsamt auch

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

nach Einschätzung des Personalrats gut ist und es Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat zusammen mit Ihrer Führungsmannschaft offensichtlich gelingt, Ihre Mitarbeiter zu motivieren und auf neue Wege in Sachen Aufgabenerledigung und Servicequalität für unsere Kreisbürger 'mitzunehmen'. Dass die Finanzlage auch beim Kreis deutlich besser geworden ist, sieht man an den hervorragenden Jahresergebnissen der letzten Jahre mit Überschüssen von 20,9 Mio. in 2017 und rund 12 Mio. Euro in 2018, die es ermöglichen, unsere Verschuldung zum 31.12.2018 auf unter 40 Mio. Euro zu drücken. Wenn man bedenkt, dass vor einigen Jahren noch ein Schuldenberg von über 95 Mio. Euro am Horizont stand, ist dies eine sehr gute Entwicklung.

Weil Schuldentilgung in späteren Jahren Handlungsspielräume eröffnet, plädiert unsere Fraktion im Gegensatz zu den Freien dafür, an dem vor Jahren gefassten Beschluss festzuhalten, die Jahresüberschüsse voll und ganz zur Schuldentilgung zu verwenden.

Aber auch die Planungen für 2019 machen Mut, wobei ich einige Punkte ansprechen möchte:

1. Wenn es eines weiteren Beweises dafür bedurft hätte, dass die von der Bürgermeisterriege seit Jahren so vehement eingeforderte 'Fifty-Fifty-Lösung' barer Unsinn ist, dann zeigt sich dies jetzt. Konsequenterweise hätte ja sonst von dort der Antrag kommen müssen, den Kreisumlage-Hebesatz heuer auf 34,3 %-Punkte hochzusetzen. Doch weit gefehlt: In diesem Jahr sagen die Bürgermeister, dass man statt der Fifty-Fifty-Regel, stärker die 'Ist-Ergebnisse' berücksichtigen müsse, was dann angeblich zu Hebesatz von 32,9 %-Punkten führt, der allerdings meilenweit von 50:50 entfernt ist. Unsere Fraktion lehnt einen solchen Zick-Zack-Kurs ab. Vielmehr wiederholen wir unsere hier mehrfach vorgetragene Auffassung, dass der Kreisumlagehebesatz jedes Jahr neu im Lichte der Einnahmen, aber auch der vom Kreis zu bewältigenden Aufgaben und den damit verbundenen Ausgaben in einem fairen Interessenausgleich mit den Kommunen festgesetzt werden muss. Diesem Anspruch wird der Vorschlag unseres Landrats für 2019 u. E. gerecht. Auch sollten wir die Signale am Konjunkturmilieu wahrnehmen, die darauf deuten, dass die 'goldenen Zeiten' sprudelnder Gewinne und damit Steuereinnahmen womöglich in absehbarer Zeit vorbei sind, weshalb es im Interesse des Kreises und der Kommunen ist, mit deutlich reduzierten Schulden in diese Phase zu gehen. Deshalb wird von unserer FDP/FW-Fraktion in diesem Jahr kein Antrag kommen, den Hebesatz weiter zu senken.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 20

Öffentlich

2. Nach wie vor bereitet es unserer Fraktion große Sorgen, dass die Sozialhilfeleistungen (ohne Asyl-Aufwendungen) trotz Vollbeschäftigung wieder um über 4 % auf jetzt fast 124 Mio. Euro angewachsen und auch der Zuschussbedarf bei der Jugendhilfe um über 8 % auf jetzt fast 41 Mio. Euro weiter in die Höhe geht. Deshalb möchten wir die Verwaltung ermuntern, ihre Anstrengungen mit dem Ziel struktureller Verbesserungen, zur notfalls gerichtlichen Ausschöpfung aller Einnahmeansprüche des Kreises und zu einem gewissen Umdenken bei der Beratung weg von der bloßen Alimentierung hin zu mehr 'Hilfe zur Selbsthilfe', konsequent fortzusetzen. Auch wünschen wir uns, die interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen, aber auch mit Kommunen auszubauen, um Aufgaben wirtschaftlicher im Verbund zu erledigen und Innovationen gemeinsam nach dem Motto 'Das Rad muss nicht zweimal erfunden werden' aufzuspüren. Wir beantragen, dem Kreistag über solche interkommunalen Kooperationen zu berichten.

3. Beim Klimaschutz haben wir viel erreicht und uns mit dem heute zu verabschiedenden Klimaschutzhandlungsprogramm 2019 – 2022, auch wieder einiges vorgenommen. Abgesehen davon, dass sich unsere Anträge zum Ausbau der Photovoltaikanlagen darin fast 1:1 wiederfinden, ist in diesem Zusammenhang die VVS-Tarifreform besonders erfreulich, die ja zum 01.04.2019 in Kraft treten und das ÖPNV-Fahren billiger machen wird und damit attraktiver. Der prognostizierte Umstieg vieler Bürger auf den ÖPNV ist ein nicht hoch genug einzuschätzender Beitrag zum Klimaschutz, wozu wir noch 3 Anträge stellen wollen:

- Wir beantragen, das Fuhrparkkonzept des Kreises um das Ziel zu erweitern, dass vor allem beim Einsatz von LKWs und Betriebsfahrzeugen -seien sie im Kreiseigentum oder im Einsatz von beauftragten Firmen- möglichst bald nur noch Fahrzeuge mit für die Umwelt optimalen Schadstoffklassen beschafft werden. Außerdem bitten wir zu prüfen, ob und wie Anreize vom Landkreis zur Umrüstung bzw. Flottenerneuerung gemacht werden können.
- Um einen Beitrag zur Vermeidung von Plastikmüll zu leisten, möge die Verwaltung prüfen, ob in kreiseigenen Einrichtungen einschl. unserer Schulen becherlose Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden können, die gleichzeitig Mitarbeitern und Besuchern eine kostenlose Erfrischung in offensichtlich zunehmend wärmer werdenden Zeiten bieten.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 21

Öffentlich

- Und zum Dritten beantragt unsere Fraktion, angesichts der relativ guten Haushaltslage zusätzliche energetische Sanierungen, wie z.B. längst überfällige Fassaden-sanierungen im Rahmen des Abbau des Sanierungsrückstaus im Umfang von 1 Mio., Euro vorzuziehen. Dies ist nicht nur im Interesse unserer Umwelt, sondern sind auch hochrentierliche Investitionen, heizen wir doch immer noch an einigen Stellen im Kreis buchstäblich 'zum Fenster hinaus'.

4. Beim Wohnungsbau werden wir als Landkreis den Engpass in unserer Metropolregion vor allem bei bezahlbaren Wohnungen sicherlich nicht beseitigen können. Trotzdem bedarf es der Wohnbau-förderung durch alle staatlichen Ebenen, ist dies doch 'Sozialpolitik par excellence'. Schon deshalb tragen wir die ehrgeizigen Baupläne der Kreisbau mit.

5. Bei der Flüchtlingsunterbringung wurden zwar infolge des immensen und unvorhersehbaren Drucks auch im Rems-Murr-Kreis Fehler gemacht. Trotzdem zieht unsere FDP/FW-Fraktion den Hut vor allen im Landratsamt, die in Kooperation mit den Kommunen und Ehrenamtlichen vor Ort Großartiges geleistet haben. Sie haben auch heute ein 'Danke schön' verdient, denn Ihnen haben wir es zu verdanken, dass bei uns die Erstunterbringung und der Umstieg auf die Anschlussunter-bringung relativ geräuschlos und konfliktfrei über die Bühne gegangen ist. Ja - wir Landkreise und Kommunen können zurecht sagen 'Wir haben es einigermaßen geschafft'. Dafür kann und muss die kommu-nale Ebene von denjenigen, die in Berlin die Parole 'Wir schaffen das' ausgegeben haben, zurecht erwarten, dass die uns entstandenen Kosten auf Euro und Cent ersetzt werden und auch die Kommunen bei der ihr obliegenden Unterstützung noch mehr Hilfe und Geld vom Bund und vom Land erhalten. Angesichts der beim Kreis verbleibenden Kosten von 11,3 Mio. Euro im Jahr 2018 und 5,7 Mio. Euro in 2019 ist für uns hier noch längst nicht alles 'in Butter',

6. Auch im Interesse eines guten Arbeitsumfelds und einer schlagkräftigen Verwaltung war es für uns keine 'Kür' sondern richtig und sinnvoll, ein Gesamtimmobilienkonzept zu entwickeln, das 'at-mend' je nach Haushaltslage in Abschnitten umgesetzt werden kann. Allerdings steht u.E. bei der Sanierung des Pagodenbaus der geplante Aufwand von 25 Mio. Euro in keinem vertretbaren Ver-hältnis zum Nutzen. Da sind wir uns mit anderen Fraktionen einig.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 22

Öffentlich

7. Was die notwendige Digitalisierung betrifft ist zu hoffen, dass die großmundigen Versprechungen der Telekom dann auch tatsächlich gehalten werden, und der Ausbau des Glasfasernetzes, der für unsere Wirtschaft ein Standortfaktor erster Güte ist, in enger Abstimmung mit dem Landkreis und den Kommunen in allen Teilen des Landkreises auch tatsächlich zeitnah kommt. Hier brauchen wir statt Absichtserklärungen endlich bindende Zusagen und Verträge. Auch bei unserem Immobilienkonzept sehen wir diesbezüglich noch Sparpotentiale und Chancen für eine verbesserte Flächeneffizienz, wenn die Kreisverwaltung die 'digitale Archivierung' und die Dienstleistungsorientierung mit e-Government vorantreibt, wie das z.B. im Landratsamt Tuttlingen derzeit geschieht. Wir beantragen, dem Kreistag zu berichten, wie diese Themen bei uns im Kreis umgesetzt werden sollen.

8. Unsere Kreiskliniken sind auf einem guten Weg. Medizinisch und pflegerisch wird in Winnenden und Schorndorf eine hervorragende Arbeit geleistet, die durch eine hohe Auslastung und Akzeptanz durch unsere Bürgerinnen und Bürger honoriert wird. In wirtschaftlicher Hinsicht ist es ein großer Erfolg, dass das Land dauerhaft unsere Medizinkonzeption mit den beiden Klinikstandorten in Schorndorf und Winnenden anerkannt hat. Das bringt nicht nur eine hervorragende stationäre Versorgung im Rems-Murr-Kreis, es sichert uns auch die langfristige Finanzierung von Betten, die wir bereits mit dem Neubau realisiert hatten. Erfreulich ist auch, dass sich die Jahresfehlbeträge Jahr um Jahr verringern, auch wenn wir von unserer Zielmarke, dass uns die Kliniken nicht mehr als 5 – 10 Mio. Euro jährlich und damit max. 2 %-Punkte Kreisumlage kosten, noch ein gutes Stück entfernt. Uneingeschränkt teilen wir die Kritik unseres Landrats am Personalpflegestärkungsgesetz der Großen Koalition, das Maßnahmen enthält, die vieles von dem, was wir uns bei den Kliniken in den letzten Jahren erarbeitet haben, wieder zunichtemachen könnte. Beunruhigt hat uns die Zeitungsmeldung, dass der Verband der Ersatzkassen den privaten Dienstleistern den Vertrag für Krankentransporte gekündigt hat. Wir beantragen, dass die Verwaltung berichtet, wie das Landratsamt das Thema einschätzt und welche Auswirkungen auf die Notfallrettung im Rems-Murr-Kreis zu erwarten sind.

9. Unsere Kreisförder- und Beruflichen Schulen haben bei den Bürgern und der Wirtschaft einen guten Ruf. Damit dies so bleibt, muss u.a. der Ausbau der Verkabelung und Vernetzung angesichts der 'digitalen Schule von morgen' konsequent vorangetrieben werden. Bei der Schulentwicklung müssen wir auf den Erhalt unserer bewährten Bildungsgänge, aber auch auf die Einrichtung neuer

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 23

Öffentlich

Schularten beharren, damit uns nicht mittelfristig die wie Pilze aus dem Boden schießenden beruflichen Privatschulen die 'Butter vom Brot nehmen'. Für unsere FDP/FW- Fraktion bleibt es bei dem Anspruch, dass wir als Landkreis die 'Nr. 1 in Sachen beruflicher Bildung' bleiben müssen und wollen.

10. Nachdem wir die AWG in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt haben, bleibt zu hoffen, dass wir auch in der neuen Organisationsform unseren Spitzenplatz in Sachen Kosten und Gebühren, Angebotsleistungen und Umweltfreundlichkeit behaupten können.

11. Auch bei der Sanierung unserer Kreisstraßen sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Besonders freut es uns, dass jetzt der Ausbau der Radwege unter der Regie einer Radwegekoordinatorin mit noch mehr Schwung vorangehen soll. Vielleicht kann ja dann endlich auch beim letzten Abschnitt des Murrthal-Radwegs von Kirchberg bis zur Schweißbrücke bald Vollzug gemeldet werden.

Lassen Sie mich damit zu einigen Themen überleiten, die unserer FDP/FW-Kreistagsfraktion am Herzen liegen:

1. Gesunder Landkreis

Die gesundheitliche Versorgung in unserem Landkreis ist bei zunehmenden Ärztemangel ein wichtiges Thema. Unter dem Stichwort 'Gesunder Rems-Murr-Kreis' wollen wir das Thema wieder aufgreifen. Vorbild können uns die Landkreise Reutlingen, Biberach und Ravensburg sein, die eine Modellregion Südwürttemberg gebildet und Lösungen für eine sektoren- und kreisübergreifende Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen erarbeitet haben. Wir beantragen zu prüfen, ob und wie die gewonnenen Erkenntnisse auch auf den Rems-Murr-Kreis übertragbar sind.

2. Inklusionskonferenz

Im Rems-Murr-Kreis können wir vielen Menschen mit Handicaps ein Zuhause geben. Es stünde uns gut an, bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit neuen Strategien ein Zeichen zu setzen. Wir beantragen deshalb, nach dem Vorbild des Landkreises Reutlingen eine Inklusionskonferenz zu installieren, die insbesondere auch die Betroffenen einbezieht.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 24

Öffentlich

3. Wir beantragen, dass der Rems-Murr-Kreis wie z.B. der Landkreis Böblingen der 'Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.' beitrifft und eine RAL-Zertifizierung anstrebt. Die Details entnehmen Sie bitte unserem Antrag.

4. Pilotprojekt KITA 2020

Und schließlich beantragen wir, dass der Landkreis zur Übernahme des erfolgreichen Pilotprojekts KITA 2020 jährlich 20.000.-- Euro zur Verfügung stellt.

Abschließend gilt heute unser Dank insbesondere unserem scheidenden Kreiskämmerer und Finanzdezernent Frank Geißler, der seit nunmehr 8 Jahren zusammen mit Frau Kugler unsere Kreisfinanzen im Blick und im Griff hat und der mit Stolz darauf verweisen kann, dass sich diese seit seinem Amtsantritt deutlich verbessert haben. Großen Anteil an dem guten Klima im Landratsamt, aber auch im Kreistag verdanken wir Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel. Souverän, kompetent, aber vor allem mit größtmöglicher Offenheit, Fairness und Transparenz gehen Sie auch schwierige Themen an und binden den Kreistag frühzeitig ein. Dafür ein herzliches 'Danke schön'. Danken möchte ich aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt und den kreiszugehörigen Gesellschaften wie der Abfallwirtschaft, der Kreisbau-Gruppe und den Rems-Murr-Kliniken für die geleistete Arbeit. Uns allen wünsche ich gedeihliche Haushaltsberatungen zum Wohle unseres Rems-Murr-Kreises und seiner Bürgerinnen und Bürger. Vielen Dank!"

Kreisrat Sczuka führt für die CDU-Fraktion aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag, liebe Bürgerinnen und Bürger aus dem Rems-Murr-Kreis und werte Vertreter der Presse.

Der Haushalt des Rems-Murr-Kreises für das kommende Haushaltsjahr 2019 steht unter guten Vorzeichen. Man findet auch Amüsantes, wenn es z.B. im Teilhaushalt 06 um Zuweisungen an den Zweckverband tierische Nebenprodukte Neckar-Franken geht. Wir unterhalten uns im Kreistag über finanzielle Spielräume des Kreises und somit um Finanznebenprodukte, die durchaus interessanter sind. Nicht nur die Entwicklung der Steuereinnahmen bei Bund, Länder und Kommunen ist erfreu-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 25

Öffentlich

lich, auch die Entwicklung des Hebesatzes der Kreisumlage. Dennoch wird von der Verwaltung mit Nebelkerzen geworfen und der Zeitungsverlag Waiblingen fällt leider darauf herein, wie auch Frau Brodersen in ihrer Stellungnahme. Denn die Überschrift am 23. Oktober 2018 nach der Einbringung durch die Verwaltung war falsch: 'die Kreisumlage sinkt weiter' – denn richtig ist: die Kreisumlage steigt weiter auf ein neues Rekordhoch. Trotz Steuermehreinnahmen kann die Kreisumlage nicht gesenkt werden. Dies stimmt mehr als nachdenklich. Das wurde vorher in den Reden deutlich. Die CDU-Kreistagsfraktion stellt aber auch fest, dass wir in den vergangenen Jahren den kommunalen Steuerzuwachs in den Ansätzen der Pläne immer gerecht auf 50:50 verteilt haben. Deshalb ist die Meinung der CDU-Kreistagsfraktion, auch diese gerechte Verteilung weiter anzuwenden. Auch im Hinblick auf in der Zukunft schlechtere Jahre, wo der Kreis auch mit dem hälftigen Zuwachs (oder Rückgang) beteiligt sein sollte. Und wir gehen da auch nicht der Kreisverwaltung auf den Leim, denn der nun vorgeschlagene Hebesatz von 34 v.H. entspricht der hälftigen Steuerkraftverteilung. Die Rechnung ist einfach und stelle ich heute vereinfacht dar:

Die Steuerkraft betrug im Jahr 2018 586 Mio. Euro
Im Jahr 2019 beträgt sie 625 Mio. Euro
Das macht ein Plus von 39 Mio. aus. Hälftig (50:50)
steht dem Kreis 19,5 Mio. Euro zu.

Ansatz 2018 für die Kreisumlage: 207.451.000 Euro
Abzüglich Überschuss: eigentlich 2018 197.000.000 Euro

Dies erkennt man auf der Seite 51 des Haushalts, in dem die Zahl fehlt für die Haushaltsübertragung (Überschuss aus dem Jahr 2018). Hier sind dann die 50:50 Steuerzuwachs hinzuzurechnen (19,5 Mio.) 216.500.000 Euro.

Tatsächlich bei Hebesatz 34,0 für dann 2019 angesetzt sind: 212.443.021 Euro

Demnach werden vom Kreis ca. 4 Mio. Euro weniger angesetzt als der hälftige Ansatz, wobei die Überschüsse (jeweils 2stelliger Millionenbereich) der Jahre 2017 und 2016 – und im Übrigen auch davor, immer noch außer Betracht sind.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 26

Öffentlich

Das Dilemma: Ist-Zahlen und Planzahlen weichen überdeutlich voneinander ab und dies findet seit-her keinerlei Betrachtung. Auch keine Berücksichtigung findet die Tatsache, dass der Kreis in der kameralen Betrachtung planmäßig im Jahr 2019 einen Haushaltsüberschuss von 14,3 Mio. Euro erwirtschaftet.

Deshalb:

nach Auffassung der CDU und dem Vergleich der tatsächlichen Zahlen ist der Verwaltungsvorschlag kein 1/3 – 2/3 Vorschlag, sondern tatsächlich unser gewünschter 50:50-Vorschlag. Wir als CDU-Kreistagsfraktion können deshalb diesen von der Kreisverwaltung vorgeschlagenen fairen Hebesatz gut mittragen.

Wichtiger ist uns die Diskussion über Sachthemen. Bevor ich auf ein paar wichtige Punkte des Jahres 2019 eingehe ist mir wichtig auch festzustellen, dass eine Anfrage aus der letzten Haushaltsrede für dieses Jahr noch nicht abgearbeitet ist und wir formulieren deshalb noch einmal:

‘Die Berufsschulen werden neue Herausforderungen erhalten: die Zukunft wird digitaler und auch die Ausstattung an den Berufsschulen muss dem Rechnung tragen. Hier bitten wir die Kreisverwaltung im Jahr 2018 zu berichten, ob und welche Investitionen in den nächsten Jahren auf den Rems-Murr-Kreis als Schulträger zukommen.’ Im VSKA beantragen wir deshalb darüber im Jahr 2019 zu berichten. Dabei geht es nicht nur um die mediale Ausstattung, sondern auch um Maschinen oder Geräte in den handwerklichen Ausbildungsberufen. Wenden wir uns nun neuen und aktuellen Themen zu. Wir unterstützen die Kreisverwaltung bei den nun finanzierten großen Aufgaben im Wohnungsbau mit 10 Mio. Euro dies gelingt als Projekt nur wenn sowohl die öffentliche Hand als auch private Investoren hier tätig werden, hier bürden wir der Kreisbau auch einiges auf Sie muss auch Themen abarbeiten können. Im Straßen- und Radwegebau mit 18 Mio. Euro, Breitband, Umsetzung der Medizinkonzeption, Klimaschutz und vieles mehr ebenfalls im Millionenbereich. Dies wird ausdrücklich begrüßt und nicht in Frage gestellt, auch die durch die guten Ergebnisse der vergangenen Jahre getätigte Schuldentilgung war in unserem Sinne. Was ist für die CDU-Kreistagsfraktion im kommenden Haushaltsjahr 2019 heraus zu stellen:

Themenkomplex ÖPNV und Klimaschutz

Wir haben es bei neuem Klimaschutzprogramm geschafft, weg vom Broschüren drucken, hin zu tatsächlichen investiven Maßnahmen. Wir freuen uns, dass beim Fuhrparkmanagement ein Weg

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 27

Öffentlich

beschritten wird, der einen Ressourcen schonenden Einsatz von Kraftfahrzeugen und Sprit ermöglicht, aber auch eine gute Koordination des Einsatzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglicht. Wir freuen uns auf die 1. Stufe der Umsetzung und die anschließende Evaluation hierzu und bedanken uns auch beim Personalrat für die positive Unterstützung, denn das sind Meilensteine für das Personal. Ein weiterer Baustein im ÖPNV sind die im Jahr 2019 dann zu Ende geführten Liniendelausschreibungen. Auch hier sind positive Aspekte sichtbar für die Busverkehre in der Zuständigkeit des Landkreises. Als weiterer Baustein und Meilenstein ist die am 1.4.19 wirkende Tarifzonenreform. Im Prinzip für die Nutzer des ÖPNV ein Kostensenkungsprogramm – und wann kann man mal im ÖPNV sagen, dass etwas billiger für die Nutzer wird. Wir wollen die Bemühungen im ÖPNV und dem Bereich der Busverkehre weiter unterstützen und beantragen daher, die finanzielle Förderung des Echtzeitinformationssystems wieder aufleben zu lassen. Vom VVS sind im Rems-Murr-Kreis 243 Haltestellen identifiziert, an denen dies sinnvoll ist. Wir verweisen deshalb auf den Antrag, in den nächsten 3 Jahren jedes Jahr jeweils 200.000,00 Euro als Fördersumme zur Verfügung zu stellen, insgesamt also in 3 Jahren 600.000,00 Euro. Die Landkreise Esslingen und Ludwigsburg fördern dies schon länger und dies würde die Attraktivität und Vernetzung der Verkehrsarten weiter steigern. Allgemein ist im ÖPNV eine starke Veränderung in der Zukunft zu erwarten, sei es das Wagenmaterial auf unserer Wieslaufbahn, welches spätestens ab dem Jahr 2024 uns intensiv beschäftigen wird, oder der Verkehrslastenausgleich und die Verbundstufe, bei dem Wissen, dass 60 neue S-Bahnen à 5 Mio. Euro angeschafft werden sollen, die Wendlinger Kurve und ein drittes Gleis zum Flughafen Stuttgart gebaut werden soll. Die S-Bahn Stammstrecke und Röhre durch Stuttgart soll mit einem ETCS-System ausgestattet werden, um künftig 36 Züge pro Stunde statt bisher 24 Züge durchschleusen zu können – effektiv bedeutet dies eine verkehrliche Steigerung von 50 %.

Alles Kosten, die künftig auf den Kreis zukommen, zusätzlich der Kosten der Tarifreform, wenn sich das Land einmal aus der Kofinanzierung verabschieden sollte. Es ist deshalb dringend geboten, den Verkehrslastenausgleich auf den Prüfstand zu stellen, der seit den 1970er Jahren zahlreiche Modifizierungen erhalten hat, die so nicht mehr nachvollziehbar sind. Spätestens mit der Vollintegration des Landkreises Göppingen ergibt sich hier auch formal eine Kündigungsmöglichkeit, die genutzt werden sollte.

Themenkomplex Bauen, Straßen und Radwegebau

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 28

Öffentlich

2019 ist auch ein 'grünes' Jahr. Erstmals in dieser Form in interkommunaler Zusammenarbeit wird es eine große Gartenschau geben, die Remstalgartenschau. Ein weiteres Jubiläum darf dabei nicht vergessen werden: der Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald feiert sein 40jähriges Bestehen und in Winnenden finden die Heimtattage statt. Richtigerweise investieren wir deshalb auch in den Ausbau unserer Infrastruktur: unser Straßennetz und vor allem auch das überregionale Radwegnetz. Schorndorf-Fellbach Richtung Stuttgart und Waiblingen-Ludwigsburg werden wichtige Querverbindungen sein, hier dürfen sich aber auch die beteiligten Straßenbaulasträger nach Vorliegen der Machbarkeitsstudien nicht aus ihrer Verantwortung ziehen. Wohnraum zur Verfügung zu stellen wird eine sehr zentrale und wichtige Bedeutung einnehmen, vor allem bezahlbarer Wohnraum. Wir unterstützen deshalb das Ziel der Schaffung von 500 neuen Wohnungen in den nächsten 10 Jahren und die Bereitstellung der notwendigen Mittel hierfür, die Kreisbaugruppe ist und bleibt unser zuverlässiger Partner. Herzlichen Dank an dieser Stelle für die hervorragende Aufgabenerfüllung als Tochter unseres Kreises, auch in der Vergangenheit bei der Lösung der Flüchtlingsproblematik, die aus der Sicht der Unterbringung im nach hinein keine Probleme bereitete.

Eine weitere Straße darf nicht vergessen werden und wird deshalb unterstützt: die Breitbandstraße. In der interkommunalen Familie innerhalb der gesamten Region Stuttgart ist hier ein bundesweites Vorzeigeprojekt möglich. Bauen heißt aber auch unterhalten: neben den Mitteln, die für den Abbau des Sanierungsrückstaus der RMIM zur Verfügung gestellt werden, sichert der Rems-Murr-Kreis den Verwaltungsstandort Waiblingen in eindrucksvoller Weise. Wir lösen damit auch ein politisches Versprechen nach der Schließung des Klinikstandortes Waiblingen ein. Auch daran sollte erinnert werden und dass wir ernsthaft unsere Hausaufgaben erledigen. Die Gesamtimmobilienkonzeption am Standort Waiblingen zeigt aber auch, dass es richtig ist, sich rechtzeitig hier Gedanken über die Zukunft zu machen. Wir beantragen deshalb einen Bericht über die anderen Standorte und die dortige Zukunftsfähigkeit der Kreisverwaltung innerhalb des Rems-Murr-Kreises. Die Standortentwicklung und dazugehörige Untersuchung beim Straßenbauamt wurde im letzten UVA vorgestellt. Uns als Fraktion ist im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich daran gelegen, dass die im Ausschuss aufgeworfenen offenen Fragen baldmöglichst geklärt werden und dann zügig mit der Umsetzung begonnen wird.

Themenkomplex Soziales und Jugend und Berufsschulen

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 29

Öffentlich

Das Jahr 2019 hält auch wieder einige Herausforderungen im Bereich Soziales und Jugend bereit. Der Sozialausschuss wird sich deshalb in einer Klausur intensiv mit den Auswirkungen des Bundes-
teilhabegesetzes auseinandersetzen. Mit unseren Berufsschulen sind wir sowohl in der Ausstat-
tung, wie auch mit dem inhaltlichen Angebot denken wir gut aufgestellt. Deshalb ist der eingangs
genannte Überblick für uns überaus wichtig. Wir sind froh, dass wir im Bereich des Jugendamtes
wieder eine gute Arbeitsstruktur gefunden haben und danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbei-
tern, insbesondere Herrn Gläss. Wir stellen in diesem Bereich insbesondere sehr positiv fest, dass
die Rückstände aufgearbeitet wurden und werden, sowie die geschaffenen Personalstellen fast
vollständig besetzt sind. Im Bereich Jugend und Soziales sind haushaltstechnisch immerhin die
größten Ausgabepositionen, die überwiegend Pflichtausgaben des Kreises sind etwas verwundert
hat uns daher die Vorlage für den nächsten Sozialausschuss am kommenden Montag. Nämlich die
Vorlage zum Krisen und Klärungsinterventionsdienst KKV, dies ist sicher eine richtige und gute Sa-
che die dort diskutiert wird, jedoch hat uns verwundert und da erwarten wir noch einen Deckungs-
vorschlag der Verwaltung das dieser jährlich 100.000 Euro kostet die noch nicht im Haushalt veran-
schlagt sind und deswegen wundert es uns das es als Verwaltungsvorschlag kommt in der Vorlage
des Sozialausschuss und darüber noch keine Aussage getroffen ist.

Themenkomplex Medizin

Auch die Rems-Murr-Kliniken sind auf einem guten Weg und wir haben mit unseren beiden Klinik-
standorten in Schorndorf und Winnenden gute Strukturen. Das Medizinkonzept ist einstimmig vom
Kreistag getragen und es ist wichtig darauf hinzuweisen, auch in der Bevölkerung, dass der Rems-
Murr-Kreis nicht nur ideell hinter den Kliniken steht, sondern auch immer noch im zweistelligen Mil-
lionenbereich neben der Rückführung der Darlehen für das operative Geschäft zur Verfügung stellt.
Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist uns dies wert und die Mitarbeiterinnen und Mitar-
beiter danken es uns mit ihrer loyalen und aufopferungsvollen tatkräftigen täglichen Arbeit.
Sorge bereit uns die Entwicklung der Pflege – wobei dies kein Rems-Murr-Kreis spezifisches Prob-
lem ist, sondern ein bundesweites an den Krankenhäusern. Ebenso die in der Zwischenzeit prob-
lematische medizinische Versorgung im ländlichen Raum. Hier sind nicht nur die betroffenen Kom-
munen gefordert, sondern auch der Kreis in der Unterstützung bei den Gesprächen mit der kassen-
ärztlichen Vereinigung. Problematisch gerade jetzt vor dem Winter sehen wir die übermäßige Inan-
spruchnahme der Notfallaufnahmen an unseren Häusern, weil offenbar auch bei niedergelassenen

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 30

Öffentlich

Ärzten oft sehr schwierig Termine zu bekommen sind und sich viel auf 'sogenannte' Notfälle in die Klinik verlagert. Hier bitten wir um einen Bericht im Aufsichtsrat der Kliniken, wie die Entwicklung der Terminservicestelle der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg sich auf unsere Strukturen im Kreis ausgewirkt hat – wir hoffen positiv.

Themenkomplex Personal und Organisation

Wir bedanken uns auch bei der Kernverwaltung, der Kreisverwaltung. Herr Geißler hat es verwaltungstechnisch ausgedrückt: die Bemühung der Verwaltung für einen sparsamen Mittel- und Personaleinsatz sind sichtbar. Wenn man sich 'bemüht', ist das in der Zeugnisspreche nicht gerade gut. Deshalb lassen sie es mich anders ausdrücken: unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeichnen sich durch hervorragende Mitarbeit, Mitdenken und Findung von Lösungsoptimierungen aus – herzlichen Dank hierfür. Wir regen an, dass durch die Einführung des Sitzungsdienstes für die Kreisräte für den im Jahr 2019 gewählten Kreistag überlegt werden muss, wie hier eine sinnvolle Umsetzung für alle Kreisräte erfolgen kann. Wir sollten versuchen papierlos zu werden.

Themenkomplex Finanzen und Freiwilligkeitsleistungen

Durch unseren Antrag haben wir es geschafft, zahlreiche Arbeitskreise aufzulösen und so auch wieder den öffentlichen Diskurs über die Themen in den Ausschüssen zu erreichen.

Im Rahmen der Haushaltsplanberatung wird es auch Beratungen über Anträge geben, die uns mit der Drucksache 2018/039 zum Haushalt zur Verfügung gestellt worden sind. Wir tragen diese mit und beantragen weiter:

- Konkrete Festsetzung des Betrages für die Ausrichtung von Jugend musiziert in Fellbach auf 5.000 Euro festzusetzen.
- Eine Zuschussanpassung für den Kreissenorenrat von 3.000 Euro auf 4.000 Euro vorzunehmen, da mittlerweile die Arbeit des Kreissenorenrates wieder sehr gut aufgestellt ist und von den ehrenamtlichen entsprechend wahrgenommen wird.

Zum Schluss ist festzustellen, die wirtschaftliche Lage ist auch im Jahr 2019 gut, es zeichnet sich wieder im Jahr 2018 ein überaus gutes und verbessertes Rechnungsergebnis ab und wir können beruhigt in die Zukunft sehen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 31

Öffentlich

Mein Dank gilt zu aller erst Herrn Landrat Dr. Richard Sigel für den fairen Umgang miteinander und die wirklich vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit. Ebenso gilt der Dank Herrn Geißler für seinen letzten Haushaltsplan und Frau Kugler mit allen, die an der Aufstellung dieses Haushaltsplans beteiligt waren. Dank auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch in den Beteiligungsunternehmen AWRM, Klink gGmbH und Kreisbaugruppe. Wir wünschen den Beratungen in den Ausschüssen nun gutes Gelingen.“

Kreisrat Throm erklärt für die **Zählergemeinschaft AfD/Unabhängige**:

„Sehr geehrter Herr Landrat, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich an dieser Stelle dem Herrn Landrat Dr. Siegel und dem Herrn Kreiskämmerer meinen Dank aussprechen für ihren wertschätzenden Umgang mit uns. Auch als Zählergemeinschaft mit lediglich vier Kreisräten konnten wir uns im Zuge der Besprechungen im Vorfeld der heutigen Sitzung ernst genommen fühlen.

Unsere Tätigkeit hier im Kreistag haben wir nie im Sinne einer Fundamentalopposition verstanden, und dies würde auch nicht unserem Auftrag entsprechen. Daher konnten wir dem Haushaltsentwurf 2018 trotz Bedenken zustimmen. Was nun den Entwurf für 2019 anbelangt, so können wir immerhin erfreut feststellen, dass die Verwaltung einen Vorschlag gemacht hat, den Kreisumlagehebesatz auf ein für Kreis und Gemeinden faires Niveau zu senken, was wir uneingeschränkt unterstützen. Im Übrigen ist aber unser Eindruck, das implizite Motto dieses Etatentwurfs könnte lauten: ‘Klotzen - nicht kleckern’. Das betrifft eine ganze Reihe von Punkten:

An erster Stelle ist die gewaltige Bautätigkeit zu nennen.

Bekanntlich müssen wir noch immer die Folgen eines großen Immobilienprojekts bewältigen: den Bau des Kreiskrankenhauses in Winnenden. Zwar ist das Defizit der Rems-Murr-Kliniken gesunken, doch liegt der Zuschussbedarf im Jahre 2019 bei voraussichtlich mehr als 18 Mio. Euro. Unsere Position hat sich nicht verändert: Solange das durch den Kreis auszugleichende Defizit bei mehr als zehn Mio. liegt, und solange das Land die Kosten der Flüchtlingsunterbringung nicht in vollem Umfang übernimmt – im nächsten Jahr gelten immer noch mehr als sechs Mio. als nicht erstattungsfähig – lehnen wir die Realisierung des Immobilienkonzepts, das wir grundsätzlich befürworten, ab.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 32

Öffentlich

Wir haben nun den Antrag gestellt, wenigstens die Planung für die Überbauung des Parkhauses am Alten Postplatz zurückzustellen. Kostenpunkt: 3 Mio. Euro.

Im Weiteren ist vorgesehen, dass die Kreisbau die letzte Rate eines Darlehens – eine Million Euro - zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge im Rahmen der Anschlussunterbringung erhält. Damit ausgestattet könnte sich die Kreisbau Kredite in weit höherem Umfang beschaffen. Muss das sein? Die Anschlussunterbringung ist unzweifelhaft eine Aufgabe der Gemeinden. Hierdurch entstehen aber dem Rems-Murr-Kreis Verbindlichkeiten in erheblichem Umfang, die dazu beitragen, dass im nächsten Jahr die Schulden der Kreisbau um 36 Mio. oder 28 Prozent wachsen – Schulden, für welche gegebenenfalls der Kreis haften müsste. Das ungebremste Wachstum der Bilanzsumme der Kreisbau muss daher dringend begrenzt werden. Mit dieser Intention haben wir unseren diesbezüglichen Antrag gestellt.

Ähnlich verhält es sich mit dem Bau von Sozialwohnungen. Auch dies ist keine originäre Aufgabe eines Landkreises und wird deshalb auch von den wenigsten Kreisen übernommen. Wir plädieren daher für Zurückhaltung in diesem Bereich. Mit noch so großen Anstrengungen werden wir hier die Folgen politischer Entscheidungen auf höheren Ebenen – u. a. Migration und Nullzinspolitik – bei weitem nicht ausgleichen können. Freilich, den Verbindlichkeiten stehen Werte gegenüber. Aber wie steht es um die Wertbeständigkeit von Flüchtlingsunterkünften? Und wer kann heute garantieren, dass die durch die verfehlte Geldpolitik der EZB verursachte Blase im Immobiliensektor nicht eines Tages platzt? Niemand sollte daher die Haftungsrisiken des Kreises kleinreden. Die Bauwirtschaft einschließlich der Bauplanung ist derzeit mehr als ausgelastet. Eine Ausweitung öffentlicher Aufträge in dieser Situation treibt die Preise zusätzlich in die Höhe. Und dazu soll der Rems-Murr-Kreis seinen Beitrag leisten?

Alle Prognosen gehen für das Jahr 2019 noch von einem auskömmlichen Wirtschaftswachstum in Deutschland aus. In einer solchen Wirtschaftslage ist Zurückhaltung bei den öffentlichen Investitionen geboten, nicht deren Ausweitung. Die zuletzt erfreuliche Entwicklung im Kernhaushalt kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Gesamtschuldenstand unter Einbezug der kreiseigenen Gesellschaften kräftig wächst – nach vorsichtiger Schätzung um nicht weniger als 16 Prozent binnen Jahresfrist, und selbst im besten Falle um immer noch 13 Prozent. Eine drastische Ausweitung

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 33

Öffentlich

der öffentlichen Verschuldung in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen und ausgelastetem Produktionspotenzial! Deficit spending gehört aber, wenn überhaupt, dann in die Konjunkturphase der Rezession.

Auch die Personalkosten weisen wieder nach oben. Mehr als 100 Stellen wurden in den letzten Jahren v. a. im Sozialbereich geschaffen. Deren teilweiser Abbau, besonders im Asylbereich, wird aber übertroffen durch Stellenschaffungen in anderen Bereichen. Im Saldo bekommen wir 2019 fast acht Vollzeitäquivalente mehr. Mehr als 600.000 Euro im Jahr werden dafür fällig. Dass eine Behörde ein Eigeninteresse daran hat zu wachsen, liegt auf der Hand. Der Kreistag hätte aber den Stellenplan nicht einfach durchwinken dürfen. Wir verlangen nun, dass die entsprechenden Kosten an anderer Stelle eingespart werden. Bei einem Personaletat von 78 Mio. ist das nicht zu viel verlangt.

Zum Klimaschutzhandlungsprogramm kann ich mich kurz fassen, da hierzu ein eigener Tagesordnungspunkt folgt. Nur so viel: Die oberste Maxime scheint zu sein, möglichst hohe Fördersummen zu kassieren. Doch irgendjemand muss dafür aufkommen – in diesem Falle die Stromkunden. Im Übrigen wollte man niemandem zu nahe treten und hat auch unsinnige, aber teure Forderungen aufgenommen. Dafür ist uns das Geld der Steuerzahler zu schade. Was unter dem Schlagwort Klimaschutz erscheint, wird hier alles einfach abgenickt. Dazu zählt auch die Anschaffung einer ganzen Fahrzeugflotte. Diese wird schöngerechnet, obwohl jeder weiß, dass Dienstreisen mit Privatfahrzeugen allemal günstiger sind.

Wir haben nicht zu all den Punkten, bei denen wir schon im laufenden Jahr auf verlorenem Posten standen, Anträge eingereicht, sondern uns auf einige zentrale Punkte beschränkt, die wir unbedingt noch einmal zur Sprache und damit in die Öffentlichkeit bringen wollen. Uns ist sehr wohl bewusst, dass niemand hier unsere Bedenken teilt, niemand oder kaum jemand ein wirkliches Problem damit hat, im höchstverschuldeten Landkreis Baden-Württembergs zu leben. Wenn wir aber mit den Bürgern da draußen reden, nehmen wir viel Zustimmung wahr. Und so gehen wir zuversichtlich ins Jahr 2019, in der Gewissheit, dass hier bei den nächsten Haushaltsberatungen der Sprecher einer Fraktion unsere Position vertreten wird.“

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 34

Öffentlich

Kreisrat Kober legt für **DIE LINKE** dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, liebe Damen und Herren der Kreisverwaltung, sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

dieses Mal – und ich spüre Ihr Entsetzen - wird wahrscheinlich meine letzte Haushaltsrede sein. Denn die kleinen Parteien können ja nicht so gut einschätzen, wo sie Ihre Ausgleichsmandate holen werden! Aber ich möchte Ihnen sagen, dass ich diese Zeit nicht missen möchte! Hat sie mir doch gezeigt, dass ich auch trotz fortgeschrittenen Alters und Schwerbehinderung noch sehr viel Nützliches für die Gesellschaft tun kann! Aber jetzt zu unseren Anträgen:

1. Sozialticket

Wir bleiben dabei: Menschen mit geringem oder ohne Erwerbseinkommen haben ebenso Anspruch auf spezielle Tarife wie Senioren oder Studenten. Nach unserer Überzeugung, wird es höchste Zeit für ein Sozialticket, um Menschen, die sich den ÖPNV zur Zeit nicht leisten können, endlich mehr Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Wir können deshalb auch nicht verstehen, wie man in diesem Gremium mehrheitlich darauf pocht, dass diese eine Sache des Bundes sei. Ein florierender VVS ist doch im Interesse der Kommunen! Die Tarifreform 2019 ist durch! Der Rems-Murr-Kreis hat sich daran beteiligt - ohne großes Theater! Stuttgart hat bereits ein Sozialticket! Und die SPD fordert es jetzt auch. Nur die sozial Schwachen im Rems-Murr-Kreis haben weiter das Nachsehen! Und Geld dafür ist doch da! Dies ist für uns inakzeptabel.

2. Anträge zum Wohnungsbau

Die Kreisbaugesellschaft hat es schon gesagt: 'Weder die öffentliche Hand, noch die Wohnungsunternehmen können es finanziell aufbringen die fehlenden Wohnungen im Segment bezahlbarer Wohnraum zu schaffen! Hier müssen auch die Bürger gewonnen werden!' Sie schlägt ein Konzept 'Bürgerfonds Rems-Murr' vor. Dieses sicherlich gute Konzept möchten wir durch unsere Anträge 'Sozialwohnungen durch kommunale Förderpolitik schaffen' und 'Öffentlicher Boden und kommunales Vorkaufsrecht' sozial unterfüttern. Naheres können Sie den Anträgen entnehmen! Auch hier

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 35

Öffentlich

möchte ich mich bei meinem Kollegen Klaus Riedel bedanken, für seine Ausführungen zu diesem Thema.

3. Kreisumlage

Uns ist wichtig dass die Kommunen wieder in die finanzielle Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen: KiTa und Schulen, ÖPNV und die Wasserversorgung, Straßen, Radwege und Wohnungsbau das alles und noch viel mehr gehört in ihren Aufgabenbereich der Kommunen. Doch diverse Bundesregierungen haben den Kommunen im Sozialbereich Aufgaben übertragen, ohne deren Finanzierung sicher zu stellen. Trotz vieler Versprechen ist bislang jedoch wenig passiert. Das schmerzt natürlich den Kreis und die Gemeinden. Wenn sie auch wollen, dass sich was ändert: Machen wir gemeinsam Druck!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Kreisrat Bezler von der **ÖDP** nimmt wie folgt Stellung:

„Lieber Herr Landrat, liebe Damen und Herren der Kreisverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

Dank unseres letztjährigen ökologischen Anträge, haben wir zumindest eines gelernt, „Lieber eine Küche mit System, als eine Systemküche“. Die Kolleginnen und Kollegen vom Umwelt- und Verkehrsausschuss wissen wahrscheinlich was ich damit meine.

Über drei Anträge möchte ich sie gerne informieren:

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 36

Öffentlich

1. Abschaffung von Ziel- und Bonusverträgen für das Behandlungspersonal in den Kliniken

Liebe Damen und Herren, bitte schauen Sie sich den Dokumentarfilm „Der marktgerechte Patient“ an, welcher vor ein paar Tagen an 100 Orten in Deutschland gleichzeitig gezeigt wurde. Er bringt das Problem definitiv auf den Punkt!

Dieser Antrag von uns soll Folgendes erreichen: Behandlungs- und Pflegepersonal sollen sich dem Patientenwohl widmen und dafür angemessene und verlässliche Gehälter beziehen. Das unternehmerische Risiko tragen der Geschäftsführer und der Landkreis. Leitende Ärzte dürfen sich ihrer eigentlichen Kompetenz widmen. Patienten müssen nicht länger mit der Angst leben als „marktgerechter Patient“ für die Umsätze der Kliniken herhalten zu müssen. Die Bevölkerung des Rems-Murr-Kreises bringt vermehrtes Verständnis für die finanzielle Bezuschussung der Klinikdefizite der Rems-Murr-Kliniken über die Kreisumlage auf.

2. Errichtung eines Kompetenzzentrums für regenerative Energieerzeugung und eine massive Erhöhung der Energie-Beratungen von Haushalten.

Um die Klimaschutzziele des Kreises zu erreichen, benötigt der Landkreis ein umfassendes Beratungsangebot über effiziente Maßnahmen regenerativer Energien. Es hat sich gezeigt, dass übliche Beratungen und Angebote z. B. durch Fachfirmen nicht immer das ökologisch optimale Ergebnis erzielen.

Die für eine solche unabhängige Beratung notwendige Kompetenz kann nach unserer Überzeugung nur ein Kompetenzzentrum des Kreises leisten

3. Photovoltaik plus Dachbegrünung auf kreiseigenen Flachdachgebäuden

Beides ist möglich: Photovoltaik und Dachbegrünung, und dies nicht nur zum Nutzen der Insekten. Durch die Begrünung findet zudem eine Kühlung statt, so dass die Solarzellen vor allem im Hochsommer effizienter sind.

Herzlichen Dank für Ihr zuhören und vielen Dank an alle, die sich zum Wohle des Kreises einsetzen.“

Auszüge:

3 Amt für Finanzen

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 37

Öffentlich

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 38

Öffentlich

§ 2

Klimaschutzhandlungsprogramm 2019 – 2022

Drucksache 2018/067

Landrat Dr. Sigel verweist auf die zu Grunde liegende Drucksache. Er führt aus, gemeinsam mit dem Kreistag habe man unter Federführung der Geschäftsstelle Klimaschutz einen umfangreichen Maßnahmenkatalog und ein Handlungsprogramm entwickelt. Mit diesem werde aufgezeigt, was der Landkreis beitragen könne, um dem Klimawandel zu begegnen.

Kreisrat Jäger führt für die **CDU-Fraktion** aus:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender Landrat Dr. Sigel, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Kreisräte, sehr geehrte Damen und Herren,

ziemlich genau vor einem Jahr durfte ich wieder einmal ein paar Urlaubstage in Südafrika verbringen. Meine Frau und ich haben über viele Besuche dort in den vergangenen Jahren dieses wunderbare Land und seine Menschen recht gut kennen – und auch lieben gelernt, und es gäbe viel darüber zu erzählen. Zum Beispiel über die regelmäßigen Buschbrände, die dort ganz natürlich sind und für einen Teil der vielfältigen Vegetation sogar lebensnotwendig. Aber im November 2017 waren die Buschbrände größer und Folgeschwerer wie für gewöhnlich. Es waren Flächenbrände, die sich ähnlich weit ausdehnten, wie die aktuellen, verheerenden Brände in Kalifornien – nur mit dem Unterschied, dass sich für diese Brände in Südafrika hier kaum jemand interessiert. Aber noch besorgniserregender war eine andere Sache. Wenn man von Kapstadt über den Sir Lowery Pass in Richtung Worcester fährt, passiert man den Theewaterskloof Dam – einen Stausee von gigantischem Ausmaß, der einen Großteil der Region um Kapstadt mit Trinkwasser versorgt. Als wir dort ankamen, waren wir schockiert. Er war in etwa auf weniger als ein Drittel seines Volumens geschrumpft, so wie wir es am Ende eines langen und trockenen Sommers schon erlebt haben. Mit dem Unterschied aber, dass in Südafrika im November Frühling ist – der Sommer also erst beginnt. Wir sprechen hier im Westerncape über die Trinkwasserversorgung von etwa 6 Mio. Menschen!

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 39

Öffentlich

Es mussten Notverordnungen erlassen werden und überall in der Kapregion wurde um sparsamen Umgang mit Trinkwasser geworben. Ein Unterfangen, bei welchem der Südafrikaner übrigens – trotz oder gerade wegen der existentiellen Bedeutung – einen besonderen Humor an den Tag legt. Da werben dann die Weingüter mit dem Slogan ‘Safe water, drink wine’ – und auf der Toilette trifft man auf den Hinweis: ‘if it’s yellow, let it mellow’

Ursache für die extreme Wasserknappheit in Südafrika war die schlimmste und längste Dürre seit 110 Jahren. Und wir erleben ähnliche Entwicklungen hin zu immer mehr klimatischen Extremen hier bei uns – wenn auch, bis jetzt, noch nicht mit vergleichbaren Auswirkungen. Und dennoch wird die Diskussion ums Klima wie ein Glaubenskrieg geführt. Während manche – im Ergebnis kontraproduktiv – schon den Weltuntergang heraufbeschwören, verleugnen andere wiederum jegliche klimatische Veränderung und menschliche Einflussnahme darauf. Welche Seite mehr Recht hat, ist aber doch gar nicht entscheidend. In einer aufgeklärten Gesellschaft sollten die weitmögliche Vermeidung von Emissionen, und der schonende, effiziente und verantwortungsbewusste Umgang mit Ressourcen schlicht eine Selbstverständlichkeit sein.

Diese Notwendigkeit betrifft aber auch die finanziellen und personellen Ressourcen, die wir als Landkreis einsetzen. Und darum war es uns als CDU-Kreistagsfraktion stets ein wichtiges Anliegen, dass gerade auch bei unseren Maßnahmen zum Klimaschutz ein effizienter und nachhaltiger Mitteleinsatz erfolgen muss - beispielsweise bei der Sanierung von kreiseigenen Liegenschaften zur Verbesserung der Verbrauchswerte und Verringerung von Emissionen. Hierbei liegt nun ein klar erkennbarer Schwerpunkt im investiven Bereich des Handlungsprogrammes, was wir ausdrücklich gutheißen.

Es freut uns, und wir erkennen das an, dass wir hier in den letzten Jahren ein allmähliches Einschwenken in die richtige Richtung bewirken konnten weg von Hochglanzbroschüren und wir unsere Schwerpunkte im vorliegenden Handlungsprogramm wiederfinden. Darum werden wir diesem auch zustimmen. Nicht etwa, weil alle von uns mit jedem einzelnen Punkt bis ins Detail einverstanden sind, da wird es schon noch Beratungsbedarf geben wenn es um die konkrete Umsetzung geht. Aber das Gesamtpaket passt und weist in die richtige Richtung. Wichtig ist uns, dass bei der konkreten Umsetzung stets das eigentliche Ziel im Vordergrund stehen muss.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 40

Öffentlich

Ein kleines Beispiel dafür das Thema Recyclingkaffeebecher ist für uns alle ein Ärgernis und da stehen wir alle voll dahinter das man sagt, man versucht das auch im Landkreis zu unterstützen, das Mehrwegsystem für die 'Coffee to go' Becher. Stutzig macht mich dabei nur die wiederholte Erwähnung des Rems-Murr-Designs. Nur zur Klarstellung: Auf das Design oder das Logo auf dem Becher kommt es nicht an. Bekanntermaßen gibt es bereits ein Pfandleihsystem, das genauso wie in der Vorlage geschildert funktioniert – und dies nicht regional, sondern bundesweit einheitlich. Ich gehe davon aus, dass daran angedockt werden soll und dann kann man mit den Anbietern reden, ob es möglich ist unser Logo mit auf den Becher zu drucken.

Und wenn wir schon beim Thema Kaffee sind, so erlaube ich mir die Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, dass weder in den Büros des Landkreises und seiner Töchter, noch bei jemandem der hier Anwesenden, diese sündhaft schicken Aluminiumschleudern im Einsatz sind.

Ja, der Klimaschutz fängt im Kleinen, bei uns zuhause an. Und natürlich muss das Thema Klimaschutz darum transportiert werden – aber wie bereits erwähnt kommt es auf das Maß und die Sinnhaftigkeit an. Die diesbezüglichen Ansätze, den Klimaschutz weiterhin und sogar verstärkt in die Schulen und in die Berufsausbildung zu tragen, sind ein sehr gutes Beispiel dafür.

A-propos Südafrika: Die Menschen in der Metropole Kapstadt reduzierten ihren Trinkwasserverbrauch tatsächlich um die Hälfte – um die Hälfte, meine Damen und Herren – und verhinderten damit, zumindest zum aktuellen Stand, gemeinsam eine Katastrophe. Das verdient unseren absoluten Respekt – als ein Beispiel an Gemeinsinn, von dem wir uns eine Scheibe abschneiden könnten.“

Kreisrat Gruber führt für die **SPD-Fraktion** aus:

„Lieber Herr Landrat Dr. Siegel, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 41

Öffentlich

Herr Jäger hat gerade von heißer Luft gesprochen, aber ehrlich gesagt ist es den meisten bisschen frisch hier drinnen. Ich bin bekennender Energiesparer und Klimaschützer und war auch kurz davor, meinen Anorak raus zu holen. Insofern leisten wir heute dann einen realen Beitrag zum Klimaschutz. Ein Grad weniger Heizenergie spart ungefähr sechs Prozent Energie.

Aber zurück zu unserem Tagesordnungspunkt Klimaschutzhandlungsprogramm. Es ist schon angesprochen worden mit den Waldbränden. Der diesjährige Hitzesommer geht zu Ende, Grundwassertiefstände in Deutschland, Waldbrände in Skandinavien, in Kalifornien und Unwetter in Italien und Asien – die Klimaerwärmung scheint noch schneller zu kommen, wie wir es alle befürchteten.

Dabei trifft es andere noch viel deutlicher als uns.

Ende 2016 etwa, waren nach Angaben der UN 65 Mio. Menschen auf der Flucht – zunehmend Menschen, die auch vor Dürren und Hungersnöten fliehen. Die Vereinten Nationen prognostizieren für das Jahr 2050 rund 200 Mio. Menschen, die aufgrund der Klimaerwärmung, der Hitze, steigender Meeresspiegel aus Ihrer Heimat flüchten müssen– das denke müsste uns alle ins Schwitzen bringen und unsere Anstrengungen verstärken, die Folgen der Klimaerwärmung zu begrenzen. Die Frage ist nicht in diesem Zusammenhang ob der, wie es so schön heißt, wissenschaftlich anthropogene Klimawandel, beziehungsweise der Klimawandel zu 98 oder zu 99 % von uns Menschen gemacht ist, die entscheidende Frage und die Herausforderung ist, was können wir tun, um die Klimaerwärmung zu begrenzen! Der Klimawandel ist vielleicht die größte Herausforderung, die größte Aufgabe unserer Generation, damit wir unseren Kindern und Enkeln einen lebenswerten Planeten hinterlassen können.

Wir alle sind gefragt – Bund, Land, Kreis, Städte und Gemeinde und auch die Bürgerinnen und Bürger, jeder einzelne. Beim Strom, bei der Heizung, im Verkehr und der Landwirtschaft.

Ich möchte ganz kurz zurück blicken auf die ersten Anträge der SPD-Kreistagsfraktion im Jahre 2006 / 2007 für ein RMK – nicht die Rems-Murr-Klinik sondern ein Rems-Murr-Klimaschutzkonzept bzw. ein Rems-Murr-Klimaschutzbündnis. Als Dreiklang der Energiewende und des Klimaschutzes wurde damals formuliert:

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 42

Öffentlich

Regenerative Energien fördern, Energie-Effizienz steigern und Energie einsparen.

Ich denke dieser Dreiklang bestimmt auch die Musik des wichtigen Klimaschutz-Programms des Rems-Murr-Kreises. Etwa bei der Förderung der Photovoltaikanlagen, der Installation von LED-Leuchten, der Energieeinsparung durch Dach- und Fassadensanierung oder der Energieeinsparberatung durch unsere Energieagentur. Deshalb freue ich mich auch, wenn man rein schaut in das Klimaschutzhandlungsprogramm, dass ein bereits 2006 von mir angeregtes Schülerprogramm zum Energiesparen im Klimaschutz-Handlungsprogramm enthalten ist und mit dem Projekt 'Stromsparchecker' der Kreis den Menschen helfen will, besonders den Menschen mit kleinem Geldbeutel, die aufs Energiesparen, auch aus Kostengründen, angewiesen sind. Bei den Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die eine Einsparung sowohl in CO₂ und in Euro bringen, sollten wir aber nach unserer Ansicht das Tempo noch erhöhen, weshalb die SPD-Fraktion vorschlägt, die Investitionen, die überschaubaren Investitionen 70.000 Euro in die LED-Beleuchtung am Berufsschulzentrum in Backnang vorziehen möchte.

Die SPD-Fraktion unterstützt die nächsten Schritte des Rems-Murr-Klimaschutzkonzeptes, es gilt, wie es in der Vorlage der Verwaltung heißt, mit gutem Beispiel voran zu gehen, sich an die eigene Nase zu fassen.

Danke an alle, die Ihren Beitrag dazu geleistet haben, damit wir bei dieser wichtigen Zukunftsaufgabe vorankommen.

Es gilt unseren Kindern keine zu hohen Schuldenberge zu hinterlassen – weder in Euro noch in Kohlendioxid (CO₂).“

Kreisrat Dannenmann führt für die **Fraktion der Freien Wähler** aus:

„Treffen sich zwei Planeten. Sagt der eine: 'Du siehst aber gar nicht gut aus!' Der andere: 'Ja, ich weiß. Ich hab homo sapiens.' 'Das kenn ich, das geht vorbei!'“

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 43

Öffentlich

Liebe Kreistagskolleginnen und -kollegen, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, kleine Schritte und große Würfe, beides brauchen wir um den Klimaschutz voranzutreiben und um unseren Planeten und uns homo sapiens von dem eingangs spaßig geschilderten Szenario zu bewahren. Kleine Schritte und große Würfe sehen wir, wenn wir uns das Klimaschutzkonzept 2019 bis 2022 unseres Rems-Murr-Kreises anschauen: Der größte Posten im Budgetplan, und damit ein großer Wurf, ist das Thema Aufbau zusätzlicher Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Liegenschaften. 1,45 Mio. Euro werden wir nächstes Jahr dafür investieren. 400.000 Kilogramm CO₂ werden so jährlich eingespart, hat unsere Kreisverwaltung zu recht im vorliegenden Konzept vermerkt. Als Freie Wähler, die ja nicht nur den Klimaschutz im Auge haben, sondern auch die Menschen, die ihn bezahlen müssen, hätten wir noch gern dazu geschrieben, dass wir dadurch jährlich runde 150.000 Euro einsparen beziehungsweise einnehmen. Unser größter Schritt im aktuellen Klimaschutz-Handlungsprogramm finanziert sich also mittelfristig selbst.

Keine Angst, ich habe jetzt nicht vor, alle Posten einzeln abzuarbeiten. Ich bin mit meiner Fraktion einig, dass unsere Verwaltung sich – wie bei den beiden Vorgängerprogrammen - viel konstruktive Arbeit gemacht hat für die wir uns ausdrücklich bedanken möchten. Denn dank dieser drei Konzepte und deren 'klimaschützendem' Input erreichen wir im Rems-Murr-Kreis bereits jetzt ein hohes Niveau an CO₂ Einsparung. Die bereits erwähnten Installationen diverser Photovoltaikanlagen auf AWRM- und von der RMIM betreuten Gebäuden, energetische Sanierungen von kreiseigenen Liegenschaften, ein klimafreundlicher Fuhrpark, die Etablierung der Energieagentur, Bezug von Ökostrom, die ÖPNV Offensive, und, und, und... seien nur beispielhaft aufgeführt. Da die zum Ziel gesetzte CO₂ Einsparung aber nicht allein durch kreiseigene Maßnahmen erreicht werden kann bindet man mit dem aktuellen Handlungsprogramm richtigerweise weitere Zielgruppen ein. Unternehmen, Kommunen und Bürgerinnen und Bürger sollen ebenfalls und zunehmend sensibilisiert werden auch ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Und da ist es wichtig, dass Klimaschutzdiskussionen mit Bedacht und Konzept und nicht kopflos im Heilsbringermodus geführt werden. Und sie sind mit Blick auf alle Treibhausgase zu führen. Da schwächelt das vorliegende Konzept ein wenig. Das Stichwort 'Methan' ist im Klimaschutzprogramm zwar enthalten, kommt u.E. aber etwas zu kurz: Methan trägt mit mindestens 20 Prozent zum menschengemachten Klimawandel bei. Es entsteht u.a. in der Land- und Forstwirtschaft, in unseren Kläranlagen und auf unseren Deponien. Über die Abfallwirtschaft Rems-Murr setzt der Kreis zwar schon innovative Projekte zur energeti-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 44

Öffentlich

schen Nutzung von Methan um, beispielsweise in der Biovergärungsanlage Backnang-Neuschöntal, vielleicht lässt sich bei uns als Kreis oder in den anderen Zielgruppen doch noch etwas mehr tun: Wenn wir Stromsparer mit 100.000 Euro fördern, dann sind ganze 500 Euro für eine Seminarreihe für die Landwirtschaft, mit einem Unterpunkt 'Emissionen in der Tierhaltung', als Ansatz um beispielsweise, verzeihen Sie den Ausdruck, Kuh-Fürze zu entschärfen, doch ein bisschen wenig.

Ein letzter Punkt liegt unserer Fraktion noch am Herzen: Unter Punkt 7 haben wir für den Zeitraum 2019 bis 2022 ein Budget von insgesamt einer Million Euro bereitgestellt um mit EU-, Bundes-, oder Landesmitteln geförderte Klimaschutz-Projekte co-finanzieren zu können. Dieses Budget ist umweltschonend sehr sinnvoll, muss aber insbesondere bei den Zielgruppen 'Bürgerinnen und Bürger' und 'Unternehmen' aktiv vermarktet werden. Wir gehen davon aus, dass wir uns mit der zusätzlich nötigen Personalstelle diesem Thema mit der gebotenen Intensität widmen werden. Bei genauerer Betrachtung des Punkt 7 fällt übrigens noch auf, dass bei allen anderen im Programm genannten Punkten ein grün unterlegter Bereich mit dem Vermerk 'Zielsetzung bis 2022' ist. Leider findet sich bei diesem Punkt 7 diese Zielsetzung nicht. Wir Freien Wähler freuen uns zwar immer über irgendwelche Haushaltsreste, bei diesem Programm wäre es aber bedauerlich, wenn wir nicht alle Mittel auskehren könnten. Daher schlagen wir vor unter Punkt 7 das Ziel: 'Auskehrung von 100 % des Budgets' im Programm zu ergänzen.

Ansonsten befürworten und unterstützen wir Freien Wähler nach dem Motto 'Wenn einem das Wasser bis zum Hals steht soll man nicht auch noch den Kopf hängenlassen' die Aktivitäten des Klimaschutz-Handlungsprogramm, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Kreisrätin Dr. Fleischer führt für das **Bündnis 90/Die Grünen** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, liebe Gäste, sehr geehrte Damen und Herren, der Klimaschutz – Alles heiße Luft?

Wir haben es schon im Ausschuss gehört. Ich denke wir gehen hier neue Wege und hoffe dass das so nicht ist. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, eine nationale Aufgabe und vor Allem aber auch eine lokale Aufgabe. Wir haben auch eben gehört, es ist eine individuelle Aufgabe für jeden von uns und für alle Bürgerinnen und Bürger.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 45

Öffentlich

In der letzten CO₂-Bilanz des Rems-Murr-Kreises vom Juni letzten Jahres wurde deutlich, dass der Rems-Murr-Kreis sehr weit weg ist von einem Klimaschutz-Musterlandkreis. Besonders ernüchternd war der Hinweis, dass im Rems-Murr-Kreis trotz aller Bemühungen noch keine Trendwende in Sicht ist. Also im Kreis wird immer noch mehr CO₂ ausgestoßen. Es ist keine Trendwende zu weniger Ausstoß sichtbar. Ursprünglich war das Ziel, eine Reduktion der CO₂-Emissionen um rund 30 Prozent bis 2025 zu erreichen. Da sind wir sehr weit entfernt.

Doch alles nur heiße Luft? Oder woran liegt das und was können wir in Zukunft tun, das ist die Frage die wir heute zu beantworten haben. Mit dem nun vorliegenden 3. Klimaschutz-Handlungsprogramm sollen viele unterschiedliche Maßnahmen in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern umgesetzt werden:

- Es gibt eigenverantwortliche Maßnahmen des Kreises
- Es gibt Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises
- für Unternehmen
- für Kommunen
- für Multiplikatoren wie Vereine etc.

Es ist sozusagen für Jeden etwas dabei. Alle Beteiligten im Landkreis sind aufgerufen sich am Klimaschutz zu beteiligen. Besonders interessant sind die Maßnahmen, die Anreize schaffen durch Wettbewerbe, Ideensammlungen und gute Beispiele. Diese guten Beispiele, diese Ideen können weitergegeben werden nach außen. Dafür ist ein Punkt dabei, die Homepage des Landkreises mit Leben zu füllen. Da ist sehr viel aktuelle Arbeit dabei und das muss interessant bleiben, gerade um junge Leute zu erreichen und über die neuen Medien nach außen bringen. Da ist natürlich auch die Energieagentur gefragt, dass Sie ihren Beitrag leistet. Der Kreis übernimmt auch selbst Verantwortung z.B. mit neuen Photovoltaikanlagen, mit der energetischen Sanierung der Liegenschaften. Herr Lenk hatte bereits den Vorschlag gemacht, hier mehr zu investieren. Super Idee. Ich denke in dieser Richtung kann man viel einsparen. Wir haben das auch gesehen in dem Immobilien/Energiebericht, es wird noch sehr viel rausgeblasen, wir haben hohe Kosten für die Energie und sehr viel Co₂. Wir sind mit unseren Liegenschaften vielleicht wenn es gut ist im Bereich in dem eine Vergleichsimmobilie ihren Verbrauch hat. Gerade die Berufsschulzentren sind sehr energieintensiv. Der Rems-Murr-Kreis hat einen besonders hohen Anteil am motorisierten Individualverkehr. Liegt das daran, dass Eltern ihre Kinder gerne mit dem Auto zur Schule bringen, weil der Schulweg so gefährlich ist? Liegt es daran, dass der Stau in die Pendlerstadt Stuttgart noch nicht lang genug ist?

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 46

Öffentlich

Liegt es daran, dass Sprit immer noch nicht teuer genug ist, der ÖPNV aber als sehr teuer empfunden wird?

Unser Antrag, das Firmenticket für den ÖPNV mit 50% der Kosten zu unterstützen und Azubi-Tickets voll zu übernehmen, soll Anreize zum Umstieg schaffen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben dann auch in ihrer Freizeit einen Mehrwert. Hier gibt es auch eine Änderung in der Steuergesetzgebung, die uns natürlich auch zugutekommt. Wir brauchen nicht mehr Parkhäuser, auch nicht bei unseren Verwaltungsgebäuden, sondern mehr Park-und-Ride-Parkplätze an der Peripherie und - gute Fahrrad-Abstellplätze am Arbeitsplatz mit Umkleideraum. Damit fällt ein Umstieg auf den ÖPNV oder das Fahrrad wesentlich leichter.

Mit dem Klimaschutz-Handlungsprogramm geht der Kreis Wege, die Andere auch gehen können: Unternehmen, Schulen, Städte und Gemeinden, Vereine und auch Privatpersonen. Hinzu kommt noch die Landwirtschaft, die Verursacher und Betroffener des Klimawandels zugleich ist. Da kann das Landwirtschaftsamt in der Beratung mehr Gas geben. Das wird auch sehr gut vom Land unterstützt.

Wir danken Frau Wurster und allen Beteiligten an der Erstellung des Handlungsprogramms und stimmen mit den genannten Änderungen dem 3. Klimaschutz-Handlungsprogramm zu, damit Klimaschutz tatsächlich wirkt und nicht nur heiße Luft bleibt. Vielen Dank.“

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 47

Öffentlich

Kreisrat Hofer führt für die **FDP-FW-Fraktion** aus:

„Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

ich denke wir sind uns alle einig, dass der Landkreis einen Beitrag zu leisten hat. In Sachen Klimaschutz brauchen wir heute jedenfalls kaum mehr Nachhilfeunterricht, nicht mal Stützunterricht. Insbesondere sind wir uns einig, dass wir die Verringerung des CO₂ Ausstoßes auch im Landkreis anstreben. Zustimmung zum Konzept, da sind wir uns auch einig, das haben die Vorberatungen in den Ausschüssen gezeigt, die jetzigen Wortbeiträge, deshalb brauch ich Sie nicht mit Wiederholungen langweilen; ich beziehe mich einfach darauf.

Einige Anmerkungen möchte ich allerdings mehr grundsätzlicher Art machen. Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass wir das Ziel als Musterlandkreis 4,7 Tonnen CO₂-Ausstoß 2025, also jährlichen Ausstoß zu erreichen, dass wir dem kein Stück näher gekommen sind, im Gegenteil. Es ist nun allerdings kein Spezifikum des Landkreises sondern das ist allgemeiner Bundestrend. Es mag sein, dass beim Landkreis die Co₂ Vorbelastung etwas höher war als wir damals angenommen haben, aber sie haben darauf hingewiesen Frau Brodersen, es ist das Wirtschaftswachstum, das uns immer erfreut ohne das unsere Gesellschaft ja auch nicht glaubt leben zu können, die das wieder auffrisst. Die Rechnung ist ganz einfach, 20 % in den Einzelfällen CO₂ erspart bringt nichts, wenn die Zahl der Einzelfälle über Wirtschaftswachstum um 30 % steigt, so einfach ist das. Das zeigt, dass wir eigentlich überhaupt gar kein Erkenntnisproblem haben, wenn wir uns mal auf (*Präsident*) Trump berufen. Wir hier in Deutschland haben kein Erkenntnisproblem, wir haben ein handfestes Umsetzungsproblem. Es ist auch schwierig, ein Stück weit greift unser 3. Klimaschutzprojekt dieses auch auf. 2/3 der eingesetzten Mittel gehen in Maßnahmen des sogenannten „Konzerns“ Landkreis über Investitionen, 1,5 Mio. Euro zusätzliche Photovoltaikanlagen bei den kreiseigenen Liegenschaften, darauf wurde schon hingewiesen und 1 Mio. Euro für deren energetische Ertüchtigung und Sanierung.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 48

Öffentlich

Wir freuen uns, ich darf das auch nochmals sagen, dass unser FDP-FW-Antrag hier vollständig übernommen worden ist. Herzlichen Dank.

Für ein kommunales Handlungsprogramm ist es natürlich immer wichtig, ja geradezu selbstverständlich, dass man die Bürgerinnen und Bürger, die Schulen, die Vereine und die örtliche Wirtschaft einbindet, das ist ganz selbstverständlich. Ob das nun Energiewettbewerbe sind, Ideenwettbewerbe, Stadtradeln oder all was da an einfallsreichen Dingen in das Programm aufgenommen worden sind. Auch bewährtes wird weiter fortgeführt und auch dieses Pfandleitsystem für Mehrfachbecher ist eine gute Sache. Allerdings nur ein ganz kleiner Anfang, zudem was wir bei dem Thema Verpackungsmüll auch hier im Landkreis angehen müssen. Da wird noch einiges auf uns zukommen. Insgesamt sind, aber das muss man einfach feststellen, für solche Mitmachangebote, der Titel heißt ja 'Mitmachprogramm', nicht einmal 20 % der Mittel dafür eingesetzt. Bei aller Wertschätzung für solche Aktionen, auf die man nicht verzichten kann, bleibt festzuhalten, dass das Fortschreibungsprogramm bei Lichte betrachtet zunächst einmal ein Selbstmachprogramm des Landkreises ist und nur zu einem kleinen Teil, von den Mitteln her gesehen 'Mitmachprogramm'.

Es ist auch nicht ganz so falsch, denn insbesondere Fachleute stellen immer mehr fest, nüchtern betrachtet, dass noch so gut gemeinte Appelle an die Bürger eigentlich weniger bewirken, als eine klare vorgegebene Gesetzgebung verbindliche Standards und Preisgestaltung. Das ist der entscheidende Punkt und wenn die Preise stimmen, dann wird auch mehr S-Bahn gefahren. Die rechnen schon, was kosten zwei Personen nach Stuttgart mit Parken wenn das dann das gleiche kostet mit der Bahn, die dann fahren schon einige mehr damit.

Bei den Stromsparcheckern bin ich sehr froh, dass man die 400.000 Euro drin lässt. Denn man kann nicht nur den großen Haushalten Stromersparnisse anbieten die die große ökologisch Fußstapfen machen sondern man muss auch an die kleinen Sozialhaushalte denken, die nur ganz kleine Fußstapfen machen und keine eigenen Schwimmbäder haben, keine eigenen Häuser, die keine großen Autos haben, aber wo sehr viel erreicht wird in der Summe und eine gewisse soziale Ausgewogenheit braucht jedes Programm. Im Übrigen bringt es auch eine gewaltige Einsparung. Schließlich möchte ich abschließend darauf hinweisen, da wird auch im Programm immer wieder festgehalten, dass unser Klimaschutzprogramm nur ein flankierendes Programm ist. Weil wir in vie-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 49

Öffentlich

len Haushaltsgestaltungen, ob das nun die ÖPNV-Finanzierung ist, oder ob das andere Dinge sind wie Abfallwirtschaft usw. sehr viel mehr für CO₂ Belastung Verminderung gemacht wird als über unser flankierendes Programm. Wir brauchen das aber, weil wir ein flexibles Programm haben, was man ständig korrigieren kann und deshalb auch gut, dass 1 Mio. Euro frei bleibt, wo man nicht 3 Jahre lang warten muss, wenn einem etwas neues einfällt sondern wo man dann auch herkommen kann und kann sagen, dass wollen wir gerne umsetzen und da wollen wir Fördermöglichkeiten haben.

Herzlichen Dank Herr Landrat an Sie und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für dieses Programm einfallsreich und mit Sachkunde gepaart, wir stimmen gerne zu.

Kreisrat Heide führt für die **Zählergemeinschaft AfD/Unabhängige** aus:

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

die 'Energiewende' als deutscher Beitrag zur Senkung der CO₂-Emission erfordert große Anstrengungen und Geldmittel. Der Erfolg wird davon abhängen, wie sinnvoll wir die Ressourcen einsetzen, also wie viel CO₂ jeder aufgewendete Euro vermeidet. Leider werden die 24 Einzelmaßnahmen diesem Anspruch nicht gerecht. Ein Großteil der Maßnahmen ist wirkungslos und teuer zugleich. Als Grundgedanke zieht sich das Abgreifen von Fördergeldern wie ein roter Faden durchs Programm. Bund und Land versuchen hier auf verfassungswidrige Weise freie Entscheidungen autonomer Organe zu steuern. Der Bund der Steuerzahler kritisiert diese Mischfinanzierung zu Recht, weil sie zu Fehlinvestitionen führt.

Zu den wichtigsten Maßnahmen:

1. Klimaschutzmaßnahmen der Kreisbau

Eine Erneuerung der Beleuchtung spart nur dann Strom, wenn man Glühlampen durch LED-Lampen ersetzt. Der Ersatz von Leuchtstofflampen, wie sie in öffentlichen Gebäuden üblich sind,

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 50

Öffentlich

bringt keine Ersparnis. Bei beiden beträgt der Wirkungsgrad 90 lm/W, beide erzeugen gleich viel Licht aus dem Strom. Alles andere sind Wunschvorstellungen. Die Erneuerung von Lüftungsanlagen kann wirklich viel CO₂ sparen, aber nur, wenn man eine Wärme-Rückgewinnung vorsieht. Ob die geplant ist, fehlt in den Unterlagen und muss noch ergänzt werden.

2. Stromsparer

Stromsparer unterstellen Bürgern mit niedrigem Einkommen Stromverschwendung. Gerade diese Personen werden sich das am wenigsten leisten. Verschwendung findet dort statt, wo Geld keine Rolle spielt. Als Nächstes kommt dann der Energie-Blockwart.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 51

Öffentlich

3. Ausbau der Fotovoltaik

Die teuerste Maßnahme ist der Ausbau der Fotovoltaik auf den Kreisdächern. Es wird auch gleichvorgerechnet, welche 'Rendite' das bringen soll. Diese Rechnung ist schon im Ansatz falsch. Fotovoltaik ist die teuerste Art, Strom zu erzeugen. Sie rechnet sich nur scheinbar wegen hoher Subventionen und Zwangsumlagen. Wer das für echten Gewinn hält, hat grundsätzliche Dinge der Wirtschaft nicht verstanden. Der sogenannte 'Ertrag' wird den Bürgern aus der Tasche gezogen und verteuert den Strom mit jedem Ausbau weiter. Diese überholte Planwirtschaft hat uns zu den höchsten Strompreis in Europa geführt. Solche Maßnahmen vergeuden die Mittel und Ressourcen für die Lösung der primären Probleme: Das sind die fehlenden HGÜ-Leitungen zur Verteilung des Windstroms und die Entwicklung von wirtschaftlichen Stromspeichern. Bei beiden liegen Fertigstellung bzw. Lösung in weiter Ferne. Dort lohnt sich der Aufwand. Die Folgen sind bekannt: zeitweilig hoher Bedarf an Kohlestrom und Atomstrom aus dem Ausland. Zu Überschuss-Zeiten drücken wir den Nachbarn den Windstrom in die Netze und zahlen dafür noch drauf. Physikalische und ökonomische Gesetze kann man nicht politisch außer Kraft setzen. Deswegen ist derzeit jeder Euro, der nicht zur Lösung der Primärprobleme dient, Geldverschwendung. Wir lehnen den Ausbau der Fotovoltaik ab.

Danke.“

Kreisrat Bezler führt für die **Zählergemeinschaft Die Linke/ÖDP** aus:

„Lieber Herr Landrat und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

Klimaschutz lässt sich nicht auf wenige Maßnahmen herunterbrechen und erfordert insbesondere ein Wertewandel in unserer Gesellschaft. Wir sollten dabei unseren Anteil dazu beitragen, auch wenn wir mit Sorge auf andere Länder und deren Umgang mit Klimaschutz schauen. Bspw. ist die schlechte Luftqualität in Stuttgart und im Rems-Murr-Kreis in erster Linie durch uns entstanden und nicht durch Herrn Trumps Politik. Es ist dringend notwendig, dass von Entscheidungsträgern und

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 52

Öffentlich

der Mehrheit der Bevölkerung verstanden wird, dass ökologische Maßnahmen weder primär noch sekundär kurzfristig ökonomisch sein müssen, sondern unterm Strich eben ökologisch (und meist langfristig gesehen letztlich doch ökonomisch!). Als Beispiel möchte ich hier die Praxis der Solarnutzung auf Hausdächern nennen. Um ein Umdenken stattfinden zu lassen, sollten Landkreis und Gemeinden noch massiver aktiv werden, es geht um Ökologie das ist nicht kurzfristig mit Ökonomie gleichzusetzten.

Es muss uns gelingen, die Hauseigentümer/IN von solaranlagenfreien Dächern dazu zu bewegen ihren Teil am Klimaschutz beizutragen. Helfen wir dabei, den Menschen bewusst zu machen, dass wir sie benötigen und sie ein Teil des Teams sind und ohne ihre Hilfe unsere Ziele nicht erreichen werden. Das Motto könnte lauten: 'Dein Solardach fehlt uns allen': Eine kostenlose Beratung und eine Auswertung, die den Hausbesitzern aufzeigt, welchen Anteil am Klimaschutz ihr Dach leisten wird und die prozentuale Erwirtschaftung des jährlichen Gesamtenergieverbrauches motiviert!

Aber Klimaschutz endet nicht auf unseren Dächern, sondern betrifft z.B. ein Umdenken in Sachen Individualverkehr. Und jetzt wird es richtig unangenehm und schmerzhaft, denn wir müssen der Bevölkerung mitteilen, dass wir so nicht weitermachen können. Egal ob Verbrennungsmotor oder E-Motor, die Autos sind viel zu schwer geworden, das Gewicht hat sich bei vielen nahezu verdoppelt und die Reifenbreite ebenso.

Digitale Bildung: Auch beim Thema 'Digitale Bildung' gilt es massiven Nachholbedarf: Wer von den Schülern und ebenso von uns Kreisräten hat sich mit den ökologischen Auswirkungen digitaler Medien auseinandergesetzt?

z.B.

- Wie viel Tonnen an Rohstoffen wird für die Herstellung eines PC, eines Handys oder eines iPads benötigt?
- Zu wieviel Prozent können Altgeräte wieder recycelt werden?
- Wieviel Strom muss erzeugt werden, um die digitalen Geräte täglich am Laufen zu halten?
- Wie kann ich die auf den Menschen biologisch wirkende Strahlung des Mobilfunks, WLAN u.a. meiden oder reduzieren?

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 53

Öffentlich

- Wie viel Energie verbraucht eine digitale Nachricht, das Versenden von Bildern, Filmen und Anhängen?

Liebe Damen und Herren, es gibt viel zu tun. Geben wir uns nicht zufrieden mit Aufdrucken auf bestimmten Produkten wie z.B. 'Zu 99 Prozent biologisch abbaubar', denn ein Prozent nichtabbaubar ist ein Prozent zu viel! Eine vollwertige, biologische und regionale Ernährung und die Vermeidung von Verpackungsmüll ist zudem so angesagt wie noch nie!

Lassen Sie uns ins Handeln kommen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Die Kreisräte Gruber und Riedel kritisieren die Äußerung „Energie-Blockwart“ im Redebeitrag von Kreisrat Heide.

Kreisrat Heide entgegnet, dass er nur hiervoor gewarnt habe.

Landrat Dr. Sigel sagt aufgrund des Hinweises von Kreisrat Dannenmann (Drucksache 2018/067 Anlage 1 Ziff. 7) zu, dass jährlich über die Abarbeitung des Programms und den Ausgabenstand im Umwelt- und Verkehrsausschuss berichtet werde.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich mit 3 Nein-Stimmen den Beschlussvorschlag:

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss sowie der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nehmen die zweite Fortschreibung des Klimaschutz-Handlungsprogramms sowie den Vorschlag, der unterstützenden Erklärung zum Klimaschutzpakt zwischen dem Land Baden-Württemberg und den kommunalen Landesverbänden zuzustimmen, zur Kenntnis.
2. Die Beschlussfassung des dritten Klimaschutz-Handlungsprogramms 2019-2022 Klimaschutz zum Mitmachen sowie die unterstützende Erklärung zum Klimaschutzpakt des Landes Baden-Württembergs mit den kommunalen Landesverbänden sollen nach Vorberatung im Umwelt- und Verkehrsausschuss am 05.11.2018 in der Kreistagssitzung am 19.11.2018 erfolgen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 54

Öffentlich

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für Umweltschutz

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 55

Öffentlich

§ 3

Vertrag zur Finanzierung des VVS in den Jahren 2019/2020

Drucksache 2018/175

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt ohne weitere Beratung einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Kreistag stimmt der Vereinbarung zur Verbundförderung für den Zeitraum 2019/2020 zu
2. Der Landrat wird zum Abschluss der Vereinbarung ermächtigt.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 56

Öffentlich

§ 4

Kündigung der Rahmenvereinbarung mit DER GRÜNE PUNKT-DUALES SYSTEM DEUTSCH-
LAND GmbH

Drucksache 2018/189

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt, der Kündigung der Rahmenvereinbarung vom 16. Juni 1992 zwischen
'Der Grüne Punkt' und dem Rems-Murr-Kreis zum 31.12.2019 zu.

Auszüge:

1 AWRM

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 57

Öffentlich

§ 5

Verschiedenes

Unter „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert